

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 37 vom 16. September 1983

17. Jahrgang

1 DM

„Aus Notwehr wird die HDW Hamburg seit Montag, den 12. September, 15 Uhr 30 besetzt“

HDW Hamburg besetzt!

Mit riesiger Mehrheit auf der Betriebsversammlung beschlossen

15 Gegenstimmen, 20 Enthaltungen — alle anderen stimmten für die Besetzung des Werkes. Mehr als 300 Kollegen waren in der Nacht im Betrieb, jeweils 50 am Tor; die Tore waren mit Ketten verschlossen. Die massiven Drohungen des Vorstandes blieben wirkungslos. Seine Taktik, mit einem Mal und so kurzfristig wir irgend denkbar 1354 Kollegen rauszuwerfen hat diese beispielhafte Widerstandsaktion endgültig hervorgerufen. Breite Solidarität nicht nur der Ham-

Mit diesem Adressaten haben die Hamburger Werftarbeiter unterstrichen, daß sie sehr wohl wissen, daß die Bonner Regierung mit dem Staatsbetrieb HDW den Vorreiter für Masseneinstellungspläne der Werftkapitalisten machen soll und will, Plänen, denen insgesamt in kurzer Zeit 15000 Arbeitsplätze zum Opfer fallen sollen. Einer der Eckpunkte dieses Konzeptes ist es, in Hamburg nur noch eine Großwerft zu haben, mit anderen Worten HDW dichtzumachen. Ein Konzept, das von Bonn getragen wird und vom Hamburger SPD-Senat unterstützt.

In Bonn gab es für die Delegation allerdings nur Gemeinplätze und Kohl zu hören aber keine Zusagen. Der Kampf muß also weitergehen, die Bereitschaft dazu ist da. In einem Extraheft der Betriebszeitung der HDW, „Frischer Wind“, das an zahlreichen Hamburger Betrieben verbreitet wurde, um zur Solidarität aufzurufen, heißt es dazu:

„Und so zeigte auch die erste Abstimmung am Dienstag die eindrucksvolle Geschlossenheit der Kollegen. Ohne Gegenstimme wurde beschlossen:

- Material, das angefordert wird, darf ins Werk — es wird aber nicht bearbeitet;
- Kein Werkteil darf die Werft verlassen;
- Auf der Werft wird keine Arbeit aufgenommen;
- Es wird weder ein- noch ausgedockt.“



Der Vorstand reagierte auf diese Aktion mit einem Drohbrief, in dem er auf die „Ungesetzlichkeit“ der Werftbesetzung hinwies und daß dies arbeitsvertraglichen Pflichten entgegenstehe — was aber ohne

Eindruck blieb, außer dem, daß der Vorstand, sofern möglich, sich noch unbeliebter gemacht hat.

Schon der Hungerstreik der HDW-Frauen von Mittwoch bis Freitag letzter Woche (siehe Seite 5) hatte gezeigt, wie groß die Solidarität der Hamburger Bevölkerung mit der HDW-Belegschaft ist. Auf der Demonstration der 4000 HDW-Arbeiter am Montag dieser Woche, die der Betriebsbesetzung vorausging, wurde dies nochmals stark

sichtbar. Und auch seitdem: Anrufe, Telegramme, Solidaritätsschreiben zu Hauf, jede Menge Besucher, Spenden, Geldspenden, Lebensmittel usw. usf.

Die Besetzung von HDW Hamburg, das ist jetzt schon deutlich, durch zahlreiche Berichte im Fernsehen und Radio, durch Presseschlagzeilen und die organisierte Solidarität gewerkschaftlicher und linker Kreise ist ein Ergebnis, das durchaus beispielhafte Bedeu-

tung bekommen kann, das in gewisser Weise einen Schritt nach vorne in der westdeutschen Arbeiterbewegung werden kann. Um so mehr, wenn sie erfolgreich ist — und dafür ist auch die Solidarität ein wichtiger Faktor! Wie hieß es auf der Demonstration? „Haut dem Ahlers auf die Flossen, HDW wird nicht geschlossen!“

Protest gegen die frauen- und familienfeindliche Politik der Bundesregierung

Bonn, 18. September
12 Uhr — 14 Uhr
Münsterplatz



Neuer Hungerstreik in der Türkei

Im berühmten Gefängnis von Diyarbakir, der kurdischen Stadt, sind am 2. September erneut mehrere hundert politische Gefangene in den Hungerstreik getreten. Unbefristet hungern Menschen, die aufgrund ihres antifaschistischen Einsatzes von der faschistischen Militärjunta zum Tode verurteilt worden sind.

Vor einigen Wochen erst war es den Militärs gelungen, durch fortgesetzten blutigen Terror einen mehrwöchigen Hungerstreik von mehreren tausend politischen Gefangenen zu unterdrücken.

Es ist an uns, die Solidarität nicht abreißen zu lassen, sondern im Gegenteil zu verstärken, besonders unsere Regierung an der fortgesetzten Unterstützung der Henker in Ankara zu hindern.

Nein zur Stationierung

neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen sagten am vergangenen Wochenende 315 der 316 Delegierten des außerordentlichen Landesparteitages der SPD Baden-Württembergs. Einer enthielt sich. Der Bundestagsabgeordnete Peter Conradi ging so weit zu erklären, das Ja der SPD zum NATO-„Doppelbeschluss“ sei „von Anfang an ein schwerer Fehler“ gewesen.

Der Beschluß von Offenburg ist eine Reaktion auf die wachsende Ablehnung der Raketenpolitik durch SPD-Mitglieder. Der Bundesvorstand der Partei, der sich immer noch windet und sich um ein klares Nein zu den Stationierungsabsichten herumdrückt, wird dadurch immer mehr unter Druck gesetzt. Das ist eine positive Entwicklung.

Solidarität mit den HDW-Arbeitern!

Liebe Leser, liebe Freunde und Genossen, die Besetzung des Hamburger Werkes der HDW ist eine Aktion, deren Bedeutung weit über Hamburg hinausreicht. Zum ersten Mal kommt es in einer der großen „Krisenbranchen“ zu einer solchen Aktion in einem großen, bundesweit bekannten Werk. Schon die Solidarität mit Videocolor war damals ein großer Faktor im Kampf — diesmal muß sie noch größer werden! Solidaritätsschreiben oder -Telegramme, Geldspenden oder auch Delegationen und aktive Öffentlichkeitsarbeit im eigenen Bereich sind dabei unter anderem wichtige Schritte!

Postadresse: Betriebsrat bei HDW
Roßweg 20
2000 Hamburg 11

Spendenkonto: HASPA — Holger Mahler —
Konto-Nr. 1263/46 99 65,
Bankleitzahl 200 505 50

Solidaritätstelegramm

+++ unsere partei bekundet ihre volle solidarität mit eurem kampf für die verteidigung eurer arbeitsplätze gegen das kahlshlagskonzept des hdw-vorstandes + euer entschluss, das werk zu besetzen, weist vielen belegschaften, die ebeno durch die unternehmerische arbeitsplatzvernichtung in ihrer existenz bedroht sind, den richtigen weg: + nicht stillhalten sondern kämpfen + zur unterstützung eures kampfes werden wir 50Q mark auf euer solidaritätskonto überweisen + zentralkomitee der kpd +++

Beteiligt euch an den
Solidaritätsdemonstrationen
für Nicaragua!

Stoppt die US-Aggression
gegen Nicaragua

Hamburg: 16. September '83,
17.00 Uhr am DGB-Haus
Duisburg: 24. September '83,
11.00 Uhr Auftaktkundgebung
am Hauptbahnhof,
13.30 Uhr Abschlußkundgebung
am Burgplatz

Protestdemonstration aus Anlaß des dritten Jahrestages des faschistischen Putsches in der Türkei



Zwischen 15 000 und 20 000 Menschen demonstrierten nach verschiedenen Angaben und Zählungen am Samstag den 10. September in Köln. Die Protestdemonstration, an der sich auch 2000 bis 3000 deutsche Teilnehmer beteiligten, war nicht nur eine einzige Anklage gegen die Verbrechen der faschistischen Junta des General Evren. Sie war auch eine Anklage gegen die Hintermänner der Junta in Washington und Bonn. Nicht nur die Unterstützung finanzieller, militärischer und politischer Art, die

die Generale aus Bonn bekommen, wurde kritisiert, sondern auch die Abschiebungen und Asylverweigerungen, mit denen eine direkte Komplizenschaft bei Folter und Mord vollzogen wird. Immer wieder wurde von der Bonner Regierung das Einstellen jeder Art von Hilfe an die Junta gefordert und die Demokratisierungsfarce angeprangert. Unter den deutschen Teilnehmern stellte die KPD mit rund 350 Teilnehmern einen der größten Blöcke.

Betriebliche Friedensinitiativen tagten in Dortmund

Mehr als 1500 Personen nahmen am Kongreß der betrieblichen Friedensinitiativen am 11.9. in Dortmund teil. Weit über 100 betriebliche Initiativen waren vertreten.

In Arbeitsgruppen wurden Aktionsvorschläge für den „Aktionsstag der Betriebe“ am 19. Oktober, Thesen zur Gründung und Arbeit betrieblicher Friedensinitiativen und Thesen zur Bedeutung und Durchführung einer Kampagne „Volksbefragung“ erarbeitet.

In einer Abschlusserklärung wurde die Position der überwiegenden Mehrheit der hier vertretenen Initiativen festgehalten. Diese Erklärung dokumentieren wir nachstehend zur Information unserer Leser. Sie ent-

hält, das ist Tatsache, die Standpunkte, die vor allem die DKP durchsetzen wollte. Anträge, sie als klarere Kampfansage gegen die Kapitalisten zu formulieren oder stärker auf politische Streiks als ein besonderes — nicht eines unter vielen — und letztlich notwendiges Mittel zu orientieren, die innergewerkschaftliche Diskussion über die Frage eines Generalstreiks offensiver aufzugreifen (ohne dabei die aktuellen Schwierigkeiten zu übersehen, überhaupt eine bundesweite fünfminütige Ar-

beitsniederlegung durchzusetzen), wurden zurückgewiesen oder nicht behandelt.

Absolut unerfreulich auf dem Abschlußplenum war der offene Streit zwischen DKP sowie der ihr nahestehenden Kreise und der MLPD. Die MLPD wurde förmlich niedergebügelt, gab allerdings durch absolut sektiererische Beiträge selbst die beste Handhabe dafür.

Was das Treffen bewirkt hat, wird sich vor Ort noch zeigen müssen. Es ist eine Diskussion und Arbeit in den Betrieben in Gang gekommen, die grundsätzlich zu begrüßen ist, und in

der sich unsere Partei noch stärker praktisch engagieren muß. Auf dem Treffen wurden verschiedene Vorschläge erarbeitet, was am 5. und am 19.10. gemacht werden kann, viele äußerten sich grundsätzlich ähnlich wie auch unsere Partei dazu Stellung genommen hat (der nebenstehende Kommentar — „5 Minuten vor 12“ — wurde als Flugblatt verteilt).

Mit verschiedenen Gesichtspunkten des Friedenskampfes, die in den Diskussionen angerissen wurden, wird sich der „Rote Morgen“ in den folgenden Nummern gründlicher auseinandersetzen.

Appell der betrieblichen Friedensinitiativen — Es ist an der Zeit: Wir sagen Nein!

Politiker sagen: Habt Vertrauen zu uns, wir wollen mit den Raketen nur euer Bestes.

Wir sagen: Vertraut euren eigenen Verstand eurer eigenen Kraft — leistet Widerstand gegen den Atomtod! Das Beste für die arbeitenden Menschen ist Abrüstung!

Unsere tägliche Erfahrung lehrt uns: Vertrauen in die Regierenden ist unangebracht. Sie geben Milliarden an die Konzerne, damit noch mehr Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Sie geben Milliarden für die Rüstung und streichen bei den sozialen Leistungen, bei den Renten und bei den Kindern. Sie geben Milliarden für die totale Überwachung der Bürger und wollen den Gewerkschaften ein Lohndiktat aufzwingen. Wir sagen Nein! Nein zu Rüstungsexporten, mit denen diktatorische Regimes beliefert werden.

Nein zu einer Politik, die sich von der Entspannung abwendet und zurückkehrt zum kalten Krieg.

Nein zu einer Politik, die unsere Steuergelder in die Rüstung verpulvert, die Arbeitslosigkeit steigert und die sozialen Leistungen senkt.

Wir sagen: Nein!

Nein zu Pershing II und Marsch-

flugkörpern, zu Waffen, die einen atomaren Erstschock von deutschem Boden möglich machen, Nein zu einer Politik, die Europa zu einem atomaren Schlachtfeld machen soll. Nein zu einer Politik, die mit der Stationierung neuer Atomraketen andere Länder militärisch erpressen will.

Einige sagen: Rüstung sichert Arbeitsplätze. Wir sagen: Abrüstung und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich sichern Arbeitsplätze sowie die Durchsetzung des vom DGB geforderten Beschäftigungsprogrammes.

Wir sagen: Ja!

Zur Produktion von und Handel mit nützlichen, zivilen Gütern, die für Millionen Menschen Arbeit schaffen und den Reichtum unserer Völker vermehren. Dies hilft, das friedliche Zusammenleben der Völker und Nationen weiterzuentwickeln. Wir wollen Arbeit, soziale Sicherheit und eine friedliche Zukunft für uns und die nachfolgenden Generationen.

Stoppt das Wettüben! Abrüstung in Ost und West! Europa atomwaffenfrei!

Der heutige Weg dahin: Keine Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II in Europa.

Viele sagen: Man kann ja doch nichts tun. Die da oben machen, was sie wollen. Wir sagen: Die Friedensbewegung ist schon jetzt eine große Kraft! Sie kann denen da oben in den Arm fallen, wenn sie stärkere Unterstützung aus den Betrieben und Verwaltungen bekommt.

Wenn wir dort, wo wir arbeiten, unserer Kraft erkennen und sie in die Waagschale des Friedens werfen, wenn Friedens- und Arbeiterbewegung noch enger zusammenarbeiten.

Die betrieblichen Friedensinitiativen aus der ganzen Bundesrepublik appellieren an alle: Macht mit bei der Aktionswoche vom 15. — 22. Oktober gegen Raketenrüstung, für Abrüstung in Ost und West.

Wir unterstützen die gewerkschaftlichen Beschlüsse und Aufrufe zu Frieden, Abrüstung und gegen die Raketenstationierung, die Friedensbewegung und Gewerkschaftsbewegung enger zusammengebracht haben. Der Aufruf des DGB-Bundesvorstandes, am 5. 10. 83 von 11.55 Uhr bis 12.00 Uhr die Arbeit ruhen zu lassen, muß ein eindrucksvolles Bekenntnis der Arbeiterbewegung für Frieden und gegen neue Atomraketen werden.

Machen wir den 5. Oktober, den Tag des DGB-Aufrufes für Fünf-Minuten-Arbeitsruhe und den 19. Oktober, den Tag der Betriebe in der Aktionswoche der Friedensbewegung zu Aktionstagen, die uns dem Ziel der Stationierungsverhinderung näher bringen. Sorgen wir dafür, daß viele unserer Kolleginnen und Kollegen an den großen Volksversammlungen am 22. Oktober teilnehmen.

Vordringliche Aufgabe ist es jetzt, daß in den Betrieben eine breite Informations- und Aufklärungs-

kampagne über die Stationierung der Mittelstreckenraketen beginnt, daß eine Diskussion darüber läuft, wie wir mit gewerkschaftlichen Mitteln eine Stationierung verhindern können.

Mögliche Aktions- und Widerstandsformen in den Betrieben können sein:

- Das Tragen von Aufklebern und Anstecknadeln an Helm und Arbeitsanzug!
- Das Diskutieren mit Kolleginnen und Kollegen!
- Die Durchführung von Warnstreiks gegen die Raketenstationierung!
- Die Erklärung von Betrieben und Verwaltungen zu atomwaffenfreien Zonen!
- Beteiligung mit Entschließungen, Sammlungen für den Krefelder Appell und Aktionen an der großen Volksbefragung gegen die Raketenpolitik!
- Die Bildung neuer betrieblicher Friedensinitiativen!
- Mobilisierung für die Durchführung von Betriebsversammlungen, Flugblattaktionen vor den Betrieben durch örtliche Initiativen!

Nehmt den Frieden in die eigenen Hände! Da ist er sicher! Wenn es uns gelingt, alles Trennende zurückzustellen, wenn wir nicht fragen, ob jemand Anhänger dieser oder jener Partei ist, Christ oder Kommunist, Sozialdemokrat, Grüner oder Liberaler, dann haben wir die Chance, die Stationierung neuer Atomraketen zu verhindern. Dann wird es uns gelingen, den ersten Schritt zur Verwirklichung der Forderungen der Friedensbewegung und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu tun, den Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Atomraketen durchzusetzen, hin zu einer Welt, die frei ist von allen Massenvernichtungswaffen.

„Es ist fünf Minuten vor zwölf“ — unter diesem Motto haben Bundesvorstand und Bundesausschuß des DGB die Arbeiter und Angestellten aufgerufen, am 5. Oktober von 11.55 Uhr bis 12.00 Uhr die Arbeit niederzulegen, um fünf „Mahnminuten“ durchzuführen. Diese fünf Mahnminuten sollen nach der Erklärung des Bundesvorstandes „gleichermaßen gegen Atomraketen in Ost und West“ gerichtet sein, die „Ablehnung jeglicher neuer Stationierung von Raketen in Mitteleuropa“ unterstreichen und an die USA und die UdSSR appellieren, „alle Anstrengungen darauf zu richten, Raketen in Mitteleuropa abzubauen“.

5 Minuten vor 12?

Keine Frage, daß dieser Beschluß des DGB-Bundesvorstandes weit hinter dem zurückbleibt, was in der gegenwärtigen Situation als Aufgabe der Gewerkschaften im Kampf gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung betrachtet werden muß.

Nichts ist einzuwenden gegen einen allgemeinen Abrüstungsappell an die Adresse der USA und der UdSSR. Aber es ist politisch ein Unding, wenn der Bundesvorstand sich um die Gretchenfrage dieses Herbstes herumdrückt: Egal wie die Verhandlungen in Genf ausgehen, Gewerkschaften und Friedensbewegung müssen unserer Auffassung nach völlig unmißverständlich dafür kämpfen, daß in der Bundesrepublik auf keinen Fall neue atomare Raketen stationiert werden. Diese eindeutige Forderung der Friedensbewegung an die Bundesregierung wird vom DGB-Bundesvorstand nicht aufgestellt. Daß dies Zufall ist, kann vernünftigerweise niemand annehmen.

In dieser indirekten politischen Distanz zur Hauptforderung der Friedensbewegung liegt wohl auch die Erklärung dafür, daß der DGB-Bundesvorstand beschloß, die Mahnaktion nicht am 19. Oktober, also am „Tag der Betriebe“ innerhalb der Aktionswoche der Friedensbewegung, durchzuführen. Es ist nicht zu übersehen, daß dieser Aspekt des Vorstandsbeschlusses sich gegen die Bestrebungen einer großen und wachsenden Zahl von Gewerkschaftern richtet, das notwendige Bündnis von organisierter Arbeiterbewegung und Friedensbewegung herzustellen.

Schließlich ist klar, daß der Beschluß des Bundesvorstandes auch in der Frage der gewählten Form des Protestes (5 Minuten) hinter vielen betrieblichen Bestrebungen und auch hinter dem Vorschlag des Kollegen Steinkühler zurückbleibt.

Diese notwendige und grundsätzliche Kritik an dem vorliegenden Beschluß des Bundesvorstandes und Bundesausschusses ist aber nur die eine Seite seiner Beurteilung. Die andere Seite ist, daß es grundsätzlich positiv ist, daß der DGB-Bundesvorstand überhaupt eine zentrale Aktivität im Kampf für den Frieden beschlossen hat. Wir glauben, daß es zu diesem Beschluß gar nicht gekommen wäre ohne die wachsende Zahl und Aktivität betrieblicher Friedensinitiativen, ohne die breite Unterstützung innerhalb der Gewerkschaften für den Steinkühler-Vorschlag, ohne den wachsenden Druck vieler im Friedenskampf engagierter Gewerkschafter im allgemeinen.

Die notwendige Kritik am Vorstandsbeschluß schließt nicht aus, daß wir alle Möglichkeiten nutzen, die der Aufruf des Bundesvorstandes trotz allem bietet, um den Gedanken des Kampfes gegen Rüstungswahnsinn und Kriegspolitik stärker in den Betrieben und Gewerkschaften zu verankern.

Der Aufruf des DGB-Bundesvorstandes wird die Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen für den Friedenskampf ohne Zweifel wesentlich erleichtern. In einer ungeheuer großen Zahl von Betrieben, in denen nennenswerte Aktivitäten im Kampf für den Frieden bisher noch nicht erreicht werden konnten, wird dieser Beschluß es den engagierten Gewerkschaftern ermöglichen, einen ersten Schritt zu tun.

Für die weitere Diskussion in den Gewerkschaften wird es sich zudem als positiv erweisen, daß die Position der absoluten Ablehnung von Streiks zur Durchsetzung politischer Ziele der Arbeiterbewegung durch diesen Beschluß eher leicht erschüttert als gestärkt wird.

Wir meinen also, daß es trotz berechtigter Kritik am Aufruf und an der Form der Aktion jetzt darum geht, alle Möglichkeiten für eine breite Mobilisierung für den 5. Oktober zu nutzen; denn klar ist, daß eine geringe Beteiligung an der vom Bundesvorstand beschlossenen Aktion am 5. Oktober Wasser auf die Mühlen der politischen Reaktion wäre. Zudem bleibt auf betrieblicher und örtlicher Ebene ja noch Spielraum für die konkrete Durchführung der fünf Minuten bestehen und auch dafür, die Forderung, daß unter keinen Umständen Pershing II in der BRD stationiert werden sollen, in die betrieblichen Aktionen hineinzutragen.

Wir meinen aber auch: der Aufruf des Bundesvorstandes für den 5. Oktober erübrigt keineswegs die Anstrengungen der betrieblichen Friedensinitiativen und darüber hinaus aller im Friedenskampf engagierten Gewerkschafter dafür zu sorgen, daß am 19. Oktober die Aktionswoche der Friedensbewegung in den Betrieben einen möglichst starken Niederschlag findet.

Gerade in der Frage, um die es am 19. Oktober geht, daß die Arbeiterbewegung ihre Solidarität und Verbindung mit der Friedensbewegung demonstriert, bringt der Beschluß des Bundesvorstandes keinen Fortschritt. Der in ihm enthaltene Tendenz, Gewerkschaften und Friedensbewegung weiter zu entkoppeln, sollten wir keinen Vorschub leisten. Deshalb gilt es, voll für den 5. Oktober zu mobilisieren und gleichzeitig alle Anstrengungen fortzusetzen, daß am 19. Oktober in möglichst vielen Betrieben entsprechend den konkreten Bedingungen wirkungsvolle Aktionen gegen die geplante Stationierung neuer Atomraketen in der BRD stattfinden.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Am 18. September nach Bonn

Den Angriff auf die sozialen Rechte der Frauen stoppen!

Die für den 18. September in Bonn angesagte Demonstration gegen die frauenfeindliche Politik der Bundesregierung ist trotz der weniger als halbherzig durchgeführten Mobilisierung seitens der DGB-Bundesvorstands-Abteilung Frauen und einiger Einzelgewerkschaften (siehe auch RM 36/83 Seite 1) ein wichtiger Termin. Ist es doch der erste Aufruf des DGB nach der Wende, nach dem 6. März, der zu einer zentralen Demonstration gegen den Sozialabbau aufruft.

Hauptpunkte des Angriffs der Regierung auf die sozialen Rechte der Frauen sind Kürzungen beim Mutterschaftsurlaub und Mutterschaftsgeld, sowie Kürzungen im Rentenbereich.



Im „Roten Morgen“ Nr. 34, Seite 2 haben wir die geplanten Kürzungen beim Mutterschaftsurlaub ausführlich dargestellt. So soll die jetzige Dauer des Mutterschaftsurlaubs von vier auf drei Monate verkürzt werden. Die finanzielle Entschädigung soll von bisher höchstens 25,—DM pro Tag, gleich 750DM im Monat auf 20DM pro Tag oder 600DM im Monat gekürzt werden. Zum Schluß des erwähnten Artikels heißt es dann: „Der Mutterschaftsurlaub, den wir heute haben, ist das mindeste, was wir brauchen. Wenn er hat schon Mängel genug: weil er nur ein Mutterschaftsurlaub und kein Elternurlaub, weil er nicht zwingend vorgeschrieben ist, weil er zu kurz und weil die finanzielle Entschädigung zu niedrig ist. Deshalb gibt es beim Mutterschaftsurlaub nichts zu sparen. Er muß kompromißlos verteidigt werden.“

Doch mit dieser — faktisch vierzigprozentigen — Kürzung ist nur ein Teil der Angriffe auf die Rechte der Frauen benannt. Zweiter wichtiger Punkt ist der Problemkreis Mutterschaftsurlaub und Rente. Der Mutterschaftsurlaub soll nicht mehr als Beitragszeit in der Rentenversicherung angerechnet, sondern in eine Ausfallzeit umgewandelt werden. Damit verliert jede Mutter, die nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubs ihre Erwerbstätigkeit aufgibt, die rentenrechtliche Anerkennung der Zeiten der Schutzfrist vor und nach der Entbindung und des Mutterschaftsurlaubs.

Ein weiterer Schritt ist die in einer Vereinbarung zwischen Bundesarbeits-, Bundesfinanz- und Bundeswirtschaftsministerium festgelegte Änderung der Regelung für das vorgezogene Altersruhegeld.

1957 wurde es den Frauen ermöglicht, schon mit 60 in Rente zu gehen, weil ihre Doppelbelastung durch Haushalt, Kindererziehung und Beruf in vielen Fällen ihre Gesundheit schon mit 60 ruiniert hat. Als

hätte sich dies plötzlich geändert, gehen die Bonner Politiker an die Änderung dieser Regelung. Bisher konnten Frauen mit 60 in Rente gehen, wenn sie 180 Monate, davon mindestens 121 Monate zwischen dem 40. und 60. Lebensjahr versicherungspflichtig beschäftigt waren. Die Regelung, die die Bonner Ministerien vorschlagen wäre eine Angleichung an die Bestimmungen, die für Männer gelten. Die können zwar auch schon mit 63 das „flexible Altersruhegeld“ erhalten — aber diese Regelung bedeutet für die Mehrheit der Frauen, daß sie künftig bis 65 Jahre arbeiten müßten, denn den meisten fehlt wegen familienbedingten Arbeitsunterbrechungen die für das flexible Altersruhegeld notwendige Versicherungszeit von 35 Jahren.

Zwar werden diese Pläne immer wieder von Blüm oder Geißler dementiert, sie liegen aber als Vereinbarungen der zuständigen Ministerien dem Kabinett vor — sämtliche Pläne zur Änderung des Rentenrechts gehen zu Lasten der Frauen. So auch eine geplante „kleine Lösung“ zur „Begrenzten Neuregelung der Witwen- und Witwerrenten, die eben keine, wie vom DGB geforderte Teilhaberrente mit Anrechnung von Kindererziehungszeiten sein soll, weiter eine Neuregelung der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente und der Regelung von Wiederheirat, das allesamt in erster Linie zu Lasten der Frauen gehen.

Das ganze Paket des Angriffs auf die Frauen ist aber auch damit noch nicht beschrieben.

So wird in Bonn die Debatte um den § 218, um seine Verschärfung weitergeführt. Der Schwangerschaftsabbruch soll in einer sozialen Notlage nicht mehr von den Krankenkassen übernommen werden. Damit wird der Schwangerschaftsabbruch wieder zu einer Frage des Geldes: die Mehrheit der Frauen wird wieder in die Arme von

Kurpfuschern getrieben. Zu dieser Problematik siehe auch die Zitate einer katholischen Zeitung, die die Kampagne wieder anheizt.

Und nicht vergessen darf man bei den Angriffen auf die Rechte der Frauen die vorgesehenen Änderungen der Arbeitsschutzvorschriften. Mehrere Vorschriften sollen verschlechtert werden, einige ganz wegfallen. Da ist vorgesehen, die Regelung für Frauen in der Arbeitszeitordnung über Höchstarbeitszeiten und längere Ruhepausen zu streichen. Das Nachtarbeitsverbot wird gelockert. Dazu kommen für spezielle Gewerbebereiche, wie beim Gebäudereinigungsgewerbe, dem Bäcker-

bildungsförderung (BAFÖG) ein Schritt gegen die Frauen, weil es auf der Hand liegt und mittlerweile auch nachgewiesen ist, daß Mädchen von diesen Verschlechterungen am meisten betroffen sind.

So zeigt sich ganz deutlich, was von der groß verkündeten „neuen Mütterlichkeit“ der Bundesregierung zu halten ist: Es ist eine Politik zu Lasten der Frauen, sie ist frauen- und familienfeindlich. Den erwerbstätigen Frauen wird genommen, was den Unternehmern in Milliardenhöhe zugesteckt wird.

Und zu all dem haben die Bonner Minister noch einen Plan in den Schubladen: Frauen in die Bundeswehr. Nicht um-

Wie die reaktionären klerikalen Kreise die geplante Bonner Wende beim § 218 unterstützen, zeigen folgende Zitate aus der katholischen Zeitung „Kirche und Leben“ des Bistums Münster, die in diesem Jahr die Befürworter des § 218 als schlimmer als die Nazi-Massenmörder hinstellt.

Die empörenden Zitate im Wortlaut:

„Die Vernichtung unschuldiger Menschen durch Nationalsozialisten war ohne Frage ein furchtbares Verbrechen. Dafür gibt es keinerlei Entschuldigung und Rechtfertigung. Wenn jedoch heute gern behauptet wird, es sei das grausamste Verbrechen schlechthin, das je geschehen sei, so ist diese Behauptung mit Fragezeichen zu versehen. Warum?

1. Die Nazis haben ihren Massenmord immerhin noch mit einer Ideologie versehen. Es war nicht kaltherzige Ich-Sucht, wie heute vielfach bei der Abtreibung. Diese Tötung aus rücksichtsloser Selbstsucht ist darum

moralisch noch niedriger anzusetzen.

2. Die Nazis haben sich an unschuldigen Menschen ausgelassen, die weitgehend erwachsen waren und sich gegen das ihnen geschehene Unrecht empören konnten.

3. Die Nationalsozialisten haben ihre Untaten vor der Bevölkerung und der Umwelt zu verbergen versucht. Offensichtlich war ein Rest an Unrechtsbewußtsein geblieben. Abtreibung geschieht bei uns in aller Öffentlichkeit und unter dem Anschein des Rechts.

4. Nationalsozialisten haben ihr unmoralisches Treiben mit einigen wenigen ihrer eingeschwoenen Parteigänger getrieben. Unsere Abtreibungspraxis ist so satanisch, daß man ihr das Mantelchen der Gesetzlichkeit umhängt und daß man sie vom ganzen Volk finanzieren läßt.

Niemand von uns wird später sagen können, er habe von allem nichts gewußt. Bei den Verbrechen der Nazis konnten die meisten sich damit zu Recht herausreden. Gegenüber der Abtreibung geht das nicht mehr. Alle wissen Bescheid...“

und Konditorhandwerk, für Gaststättenbetriebe und das Zeitungswesen konkrete Ausnahmebestimmungen für das Nacharbeitsverbot.

So wird auf der einen Seite die Belastung der Arbeiterinnen erhöht, ihre Gesundheit früher verschlissen — auf der anderen Seite die Rentenregelung immer mehr verschlechtert.

Nicht zuletzt ist auch die Kürzung und der radikale Abbau bei der Regelung der Aus-

sonst haben viele gewerkschaftlich organisierte Frauen ihre Aktivitäten zum 1. September, zum Antikriegstag unter das Motto „Keine Frauen zur Bundeswehr“ gestellt. Von verschiedenen Seiten, von Militärs und Politikern, von der „Bild“-Zeitung und anderen, wird das Thema immer wieder auf die Tagesordnung gebracht. Auch hier soll eine Wende vorbereitet werden — auch hier ist Widerstand notwendig.

Bonner Politikerin: Arbeitslose Mädchen zur Bundeswehr!



Interview mit der CSU-Abgeordneten Ursula Krone-Appuhn

Von KANNY GÖRGEN

„Wir sind an der Zeitungsfront groß geworden, damit wird es, wie einem damals klar war, nicht mehr sein.“

Ursula Krone-Appuhn ist eine hellblonde Frau mit dunklen Haaren, die sie zu einem lockigen Knoten bindet. Sie trägt eine dunkle Bluse und eine dunkle Weste. Sie ist in einem Interview zu sehen, das in einem hellen Raum stattfindet. Sie ist in der Mitte des Bildes zu sehen, und sie ist in der Mitte des Bildes zu sehen.

Was ist, wenn eine Soldatin schwanger wird?

BILD: Die FRAL: Warum sollten Frauen zur Bundeswehr?

Ursula Krone-Appuhn: Durch den Friedensvertrag in ein paar Jahren werden 170.000 Soldaten aus der Bundeswehr entlassen. Das ist ein Problem für die Bundeswehr. Die Bundeswehr braucht Soldaten. Die Bundeswehr braucht Soldaten. Die Bundeswehr braucht Soldaten.

So wird Stimmung gemacht: „Bild der Frau“ (8.8.1983) mit einem Interview mit der CSU-Bundestagsabgeordneten Ursula Krone-Appuhn. Zitat: „Frage: Wäre das (Frauen zur BW, RM) eine Lösung für arbeitslose junge Mädchen? Antwort: Aber sicher.“

Freies Landvolk

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk

Nr. 37, August 1983, 6. Jahrgang, Einzelpreis 1,50 DM

Sollen nun die kleineren Betriebe in Brüssel die Zeche zahlen?



Nachdem im letzten Jahr die Milchproduktion in der EG um 3,7 Prozent zugenommen hat, waren im ersten Halbjahr dieses Jahres weitere Steigerungsstraten von fast 10 Prozent zu verzeichnen. Die Agrarpolitiker in Brüssel wollen eine nationale Kontingentierung der Milchproduktion, so wie erhöhte Abgaben bei der Mitverantwortung durchsetzen. Landwirtschaftsminister Kiechle warnt vor der Ausweitung der Milchproduktion, da dem einzelnen

In der Augustausgabe der von der Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk herausgegebenen Zeitschrift „Freies Landvolk“ fanden wir den folgenden Artikel über die dramatische Zuspitzung auf dem Milchmarkt.

Probenummern des „Freien Landvolks“, ein Abonnement der Zeitung (12,—DM pro Jahr) sowie Informationen über die Arbeitsgemeinschaft kann man erhalten bei: Gerd Coldewey, Seefelder-Außendeich 26, 2883 Stadland 3.

Dramatische Lage am Milchmarkt

Die Lage am europäischen Milchmarkt hat sich dramatisch zuspitzigt. Die Milchproduktion hat im letzten Jahr um 3,7 Prozent zugenommen und ist in diesem Jahr bisher um rund 10 Prozent gestiegen. Beängstigend auch die Interventionsbestände mit fast 500.000 Tonnen bei Butter und fast 800.000 Tonnen bei Magermilchpulver. Allein in den ersten fünf Monaten stiegen daher die Marktordnungskosten für Milchprodukte um 35 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Agrarpolitiker in Bonn und Brüssel zeigen sich über die Entwicklung am Milchmarkt überrascht. Dabei sind dies absehbare Auswirkungen einer Agrarpolitik, die seit Jahrzehnten gegen die Bauern betrieben wird. Um den Strukturwandel in der Landwirtschaft zu beschleunigen, wurde das einzelbetriebliche Förderungsprogramm geschaffen, in dessen Genuß nur wenige bäuerliche Betriebe gekommen sind. Boxenlaufställe mit stark erhöhten Kuhzahlen entstanden und kurbelten so die Milchproduktion an. Kleine Betriebe, ohne Chance auf staatliche Förderung, erhöhten zur Absicherung ihrer Einkommen, bzw. zur Minderung ihrer Verluste, auch die Kuhbestände. So schwillt der Milchstrom weiter an, und er wird noch weiter zunehmen, weil kleinere und mittlere Betriebe mit erhöhter Milchproduktion dem Ruinierungsprozeß der bäuerlichen Landwirtschaft zu entgehen hoffen.

Auf der Stuttgarter Gipfelkonferenz der Länderchefs in der EG wurde die Kommission beauftragt, bis zum 1. August 1983 Vorschläge zur Schaffung des Marktgleichgewichts bei den Agrargütern vorzulegen. Besonders Gewicht sollen dabei die Überschüsse bei der Milch bekommen. Nach dem jetzigen Diskussionsstand will die EG-Kommission bei der Milch zunächst einmal für jedes Mitgliedsland nationale Kontingente schaffen auf der Basis der Milchproduktion des Jahres 1981. Für die Bundesrepublik würde dies eine Abnahme der derzeitigen Produktion um etwa 8 Prozent bedeuten.

Im nächsten Schritt sollen diese nationalen Kontingente auf die Einzelbetriebe aufgeteilt werden, wobei Landwirtschaftsminister Kiechle schon öffentlich vor der Ausweitung der Milchproduktion in diesem Jahr gewarnt hat. Zur Grundlage gelegt würden nur die Produktionen der Jahre 1980, 1981 und 1982. Die Mitverantwortungsabgabe soll abgestuft nach Erzeugungsmengen insgesamt erhöht werden.

Diese Pläne zur „Reform“ auf dem Milchmarkt der EG können nicht ernsthaft für sich in Anspruch nehmen, Gerechtigkeit den Bauern in der EG widerfahren zu lassen. An dieser Stelle soll nicht die Rede davon sein, daß es im Grunde die Agrarpolitik in der EG gewesen ist, die mit ihren Prämien für Aufstockungen und Abschlächtungen von Kuhherden, mit ihren Beihilfen und Kauttionen bei Magermilchpulver, die das Dilemma auf dem Milchmarkt verschuldet hat. An dieser Stelle soll davon die Rede sein, daß die eigentlichen Überschußproduzenten nach diesen Plänen nicht die Suppe auslöffeln sollen, sondern auch hier ein Stück Strukturwandel vollzogen wird. Größere Milchbetriebe, sofern sie ihre Produktion vor 1983 ausgeweitet haben, können auch weiterhin ungestraft ihre Milchproduktion betreiben, zumindest bis zu einer Höchstmenge von (vorgesehenen) 250.000 Litern. Kleinere und mittlere Milchbetriebe, staatlich ungefordert, können dagegen ihre Milchproduktion nicht ungestraft allmählich ausweiten, obwohl sie überhaupt nicht die Verursacher der Überschüsse sind. Völlig unklar bleibt die Lage der Bauern, die mit Hilfe der Kammerberatung erst 1983 Boxenlaufställe gebaut und ihre Kuhherden vergrößert haben. Wen diese Betriebe ihre Mehrproduktion nicht mehr kostendeckend absetzen können, dann dürften sie schon im Jahre 1984 ihren Konkurs anmelden.

Vordergründig geht es bei dieser Diskussion des Agrarpolitikern um die Einschränkung der Milchmenge, in Wahrheit soll hiermit das Bauernsterben in der EG beschleunigt werden. Dafür spricht auch die Tatsache, daß wiederum Abschlächtaktionen ins Haus stehen sollen, wobei nur Bestände unter 25 Milchkühen ins Auge gefaßt werden. Die kleineren und mittleren Betriebe sollen vom Milchmarkt verdrängt werden, die Großbetriebe sollen die Kontingente füllen, dies ist der Kern der „Reformvorschläge“. Dies ist von uns Bauern scharf abzulehnen.

Widerstand auf den Werften

In den beiden letzten Wochen hat sich die Lage auf den Werften akut zugespitzt. Die Streiks bei der AG Weser in Bremen und Hamburg in der letzten Woche, der Hungerstreik der HDW- und MAN-Frauen an den Hamburger Landungsbrücken von Mittwoch bis Freitag vergangener Woche, die Solidaritätsaktion der Vulkan-Belegschaft bei der Bremer Demonstration, Aktivitäten von Bürgerinitiativen in den am meisten betroffenen Stadtteilen Bremen-Gröpelingen, Hamburg-Altona und Wilhelmsburg, die Demonstrationen in Hamburg und Bremen... Jetzt steht

Gemeinsam gegen die Schiffbaubosse!

Mit dieser Überschrift wurde am 5. September ein Flugblatt der „Kollegengruppe HDW“ der RGO-Betriebsgruppe bei HDW/Hamburg verbreitet. Wir geben dieses Flugblatt hier in längeren Auszügen wieder, weil darin der Zusammenhang der verschiedenen Entwicklungen auf den einzelnen Werften dargestellt und die einzelnen Aktivitäten zusammengefaßt werden.

Über 6000 Kollegen und Kolleginnen von Vulkan und der AG Weser, betroffene Einzelhändler, Lehrer und Schüler, Ehefrauen und Kinder aus Bremen-Vegesack und Gröpelingen demonstrierten durch Bremen zum Rathausmarkt.

Große Unterstützung in Gröpelingen.

- Der Marsch der Kollegen von AG Weser durch Gröpelingen stieß auf größte Unterstützung durch die Bevölkerung. Überall Fahnen, Transparente, Plakate in den Schaufenstern, Schulklassen schlossen sich dem Zug an.

Vulkanesen solidarisieren sich!

- Die Kollegen von Vulkan erklärten sich solidarisch und führen mit dem Zug von Vegesack nach Bremen, um dort gemeinsam mit ihren Kollegen aus Gröpelingen auf dem Rathausmarkt zu demonstrieren.
- **Gemeinsam kämpfen — Gebot der Stunde.**

Es ist der Verband der deutschen Schiffbauindustrie (VDS), der jetzt die über 10 Jahre alten Pläne durchsetzen will:

- Vernichtung einer Werft in Hamburg durch Schließung oder Fusion — HDW;
- Vernichtung einer Werft in Bremen durch Schließung oder Fusion — AG Weser.

Insgesamt sollen auf den Großwerften 9000 Arbeitsplätze, auf den mittleren Werften 6000 Arbeitsplätze vernichtet werden; insgesamt 15000!

Noch dieses Jahr sollen davon 6000 allein auf den Großwerften entlassen werden. Aber damit ist noch kein Ende. Die nächste Rate ist schon geplant.

- Stilllegung des Handelsschiffneubaus in Kiel;
- Schließung der HDW/Hamburg;

- Vernichtung Hunderte von Arbeitsplätzen auf der Fusionswerft in Bremen und bei Blohm und Voss.

Diese Kahlschlagpläne sollen es den VDS-Bossen ermöglichen, mit Olympia-Mannschaften wieder maximale Profite im Kriegsschiffbau, Offshore und Spezialschiffbau zu kassieren.

Politiker aller Fraktionen sind dabei

Bonn — Kohl, Lambsdorff, Stoltenberg: Sie fordern geradezu diese „marktwirtschaftliche Lösung“. Sie sind nur dann bereit, Gelder für den Schiffbau zur Verfügung zu stellen, wenn

- in Bremen 30 Prozent der Kapazität abgebaut;
- bei HDW über 4000 Arbeitsplätze vernichtet werden.

Nur für die Vernichtung von Arbeitsplätzen will Bonn zahlen! Das ist der konkrete Aufschwung der CDU/FDP!

Wir und nur wir selbst können unsere Arbeitsplätze, unsere Existenz sichern.

Beginnen wir den Kampf, wir haben nichts zu verlieren, aber wir können die Erhaltung unserer Arbeitsplätze erzwingen.



Dohnanyi und Koschnick auf der Flucht.

13 Jahre sozialliberale Koalition hat diese Kahlschlagpläne mit vorbereitet. Jetzt jammern Koschnick und Dohnanyi nur noch, zu Gegenmaßnahmen sind sie weder bereit noch fähig. Die SPD als Oppositionspartei in Bonn will den Bossen noch mehr Geld in den Rachen werfen, aber ohne eine Garantie für die Arbeitsplätze. Die IGM-Funktionäre in den Gewerkschaftsbüros verlangen zwar die Erhaltung der Arbeitsplätze, öffentliche Aufträge und Arbeitszeitverkürzung, aber: Arbeitsplätze rettet nur der Streik.

Loderer, Steeg, Müllner und Kock sind unwillig oder unfähig diesen Kampf zu organisieren! Freiwillig jedenfalls kommt von denen nichts. Bestenfalls gehen sie nur auf Tauchstation, wie Kock, schlimmstenfalls lehnen sie Streiks öffentlich ab, wie Loderer.

Unsere Sache selbst in die Hand nehmen! Das ist notwendig. Das haben wir auf der HDW im März getan, das haben die Vulkanesen und jetzt die Kollegen der AG Weser getan.

Den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner organisieren. Die gemeinsame Aktion in Bremen war nur möglich, weil die betrieblichen Funktionäre den Kampf organisierten und so die Bezirksleitung und Ortsverwaltung gezwungen wurde zur Demonstration aufzurufen.

Jetzt kommt es darauf an, daß HDWler, Vulkanesen, die Kollegen der AG Weser, und möglichst auch von Blohm gemeinsam den Kampf führen.

- Der Druck auf Ortsverwaltung und Bezirksleitung muß verstärkt werden.
- Betriebliche Aktionen müssen koordiniert werden,
- **entscheidend also ist:**

Auch ohne die Otto's den Streik vorbereiten!

Fast alle anwesenden HDWler versammelten sich Freitag vor dem Uhrturm. Was wir vom Betriebsrats-Vorsitzenden zu hören bekamen, war eindeutig:

1. Der Vorstand will nicht verhandeln.

2. Der Vorstand setzt sogar das Gericht unter Druck.

3. Der Vorstand zwingt den Einigungsstellen-Vorsitzenden bereits für morgen die 1. Sitzung einzuberufen.

4. Der Vorstand hält am Kündigungstermin 30.9. fest. Das ist eindeutig.

Welche Möglichkeiten hat der Betriebsrat?

Mit einem Wort: als gesetzliches Gremium keine!!

Jetzt kommt es allein darauf an, den Widerstand der Belegschaft zu organisieren. Auf deutsch: **Wir müssen mit Kampfaktionen beginnen. Die IG Metall wäre gefordert.**

Aber unsere gewählten Funktionäre in der OK-Leitung, in der Ortsverwaltung, in der Bezirksleitung, sie gehen auf Tauchstation.

Das ist ungeheuerlich; damit verraten sie unseren Kampf.

In Bremen ist der Druck auf die IGM so stark, daß selbst Otto vom Steeg offiziell zur Demonstration während der Arbeitszeit aufrufen mußte.

Diese Druck müssen auch wir verstärken.

- Der BR hat einen Brief an die IGM geschrieben, in der die sofortige Organisation gemeinsamer Aktionen gefordert wird.
- Dieses Schreiben wurde einstimmig von der Branchenversammlung im Zentralstützpunkt unterstützt.
- Dieses Schreiben gaben ein Dutzend Kollegen persönlich bei der Ortsverwaltung ab.

Wo bleibt die Antwort der IGM?

Wir sollten sie uns persönlich

Streik auf der Tagesordnung. Jetzt wird verstärkt Betriebsbesetzung gefordert. Jetzt muß erkämpft werden, daß die IG Metall diesen Kampf organisiert. Bisher hat sie sich in Hamburg nicht mit Ruhm bekleckert, in Kiel ein übles Spiel gespielt. Wir dokumentieren hier den Ablauf der Ereignisse, die verschiedenen Aktivitäten auch der KPD und RGO, und rufen unsere Leser zur aktiven Solidarität mit den Werftarbeitern auf!

von Otto Kock, von Johannes Müllner, von Otto vom Steeg abholen.

Können wir ohne die Ottos nichts tun?

„Wenn die IG Metall den Streik organisiert, dann würde ich mitkämpfen“, so sagen viele Kollegen. Diese Forderung ist völlig berechtigt. Nur ist der Druck auf die Otto's noch nicht so groß, daß sie den Kampf zulassen. Organisieren müssen wir ihn sowieso selbst. Dazu sind die Otto's allemal nicht bereit und fähig.

Es nützt jetzt nichts, nur auf

den Ablauf in der Einigungsstelle am Uhrturm;

- Organisation des Überstundenboykotts;
- ständiges Infotreffen beim Betriebsrat.

2. Verstärkung des Drucks auf die IG-Metall-Funktionäre in der VK-Leitung, der Ortsverwaltung und der Bezirksleitung.

- sofortige VK-Sitzung;
- „Besuch“ bei der IG Metall im Besenbinderhof;
- Teichmüller oder Müllner müssen an der Einigungsstelle teilnehmen.

3. Aufrütteln der Öffentlichkeit, damit wir wieder die Unterstützung bekommen.

- Unterstützung des Hungerstreiks der HDW- und MAN-Frauen;
- Pressekonferenz des Betriebsrates;
- Öffentlichkeitswirksame Aktionen.

4. Selbständige Vorbereitung der Betriebsbesetzung; denn nur wenn wir den Kampf beginnen, erhalten wir auch die Unterstützung der IG Metall;

- Bildung eines Krisenstabes aus allen kämpferischen Kollegen;
- Erarbeitung eines Aktionsplanes;
- Absprache mit Kollegen der anderen betroffenen Werften.

Die selbständige Vorbereitung der Betriebsbesetzung ist die Hauptsache. Denn ohne unsere Arbeitskraft bewegt sich nichts mehr.

- Weder werden wir die Mas-

senentlassungen verhindern

- noch Lohnabbau, Antreiber, Überwachung und Sozialabbau verhindern.

Alles liegt daran, ob wir den Kampf noch einmal aufnehmen.

„Es lohnt sich nicht“, „Es hat keinen Sinn mehr“, „Der Zug ist abgefahren“... so sagen viele.

- Ist es nicht „lohnend“ dafür zu kämpfen, 1900 DM zu verdienen, statt 1380 DM fürs erste und höchstens 1100 DM im zweiten Jahr der Arbeitslosigkeit?

- Hat es nicht „mehr Sinn“, jetzt, mit 4000 Mann den Kampf zu führen, als morgen vereinzelt, ohnmächtig am Arbeitsamt zu stehen und übermorgen mit nur noch 1800 Kollegen um den Rest der HDW zu kämpfen?

- Der Zug ist noch lange nicht abgefahren. Gerade jetzt kommen neue Züge an:

- die Vulkanesen aus Bremen-Vegesack;
- die AG-Weser-Kollegen aus Gröpelingen.

Jetzt heißt es gemeinsam kämpfen, gemeinsam gewinnen. Jetzt kommt es auf jeden an. Jetzt müssen die Vertrauensleute vorangehen. Jetzt müssen die Aktiven Metaller als betriebliche Gruppe aktiv werden. Jetzt muß der Betriebsrat die Weichen so stellen, daß Kampfmaßnahmen gefördert werden.

Wir, die Betriebsgruppe der RGO auf der HDW werden mit aller Kraft dazu beitragen, daß der Kampf begonnen wird und erfolgreich beendet wird.

Für die Erhaltung aller Arbeitsplätze!

Unsere Steuergelder aus Bonn und Hamburg

- für den Handelsschiffneubau
- für öffentliche Aufträge;
- für Arbeitszeitverkürzung;
- gegen Lohn- und Sozialabbau!

Für diese Forderungen lohnt sich der Kampf!

RGO-Betriebsrat bei HDW / Kiel entlassen

Die RGO-Betriebszeitung 8/83 der HDW-Betriebsgruppe Kiel berichtet über die Entlassung des RGO-Betriebsrats Hartmut Moll. Der Betriebsrat unter Führung Otto Böhm stimmte der Forderung der Geschäftsleitung ohne weiteres zu. Dies war wohl auch als Revanche für den Mißtrauensantrag, den die RGO gegen Böhm zuvor gestellt hatte zu verstehen, ein Antrag, der nach einer schweren Abstimmungsniederlage Böhm und seiner Mannen im Vertrauensleutkörper der IGM gestellt wurde, wo er den sogenannten Interessenausgleich des Vorstands an den Mann bringen wollte. Die Haltung Böhm und seiner Mannen ist mit Sicherheit ein wichtiger Faktor dafür, daß der Widerstand auf HDW/Kiel nicht so stark ist wie anderswo — und um dies abzusichern soll nun wohl die 5köpfige RGO-Mannschaft im Betriebsrat ausgeschaltet werden...

Nachdem die IGM-Mehrheit im Betriebsrat den ketzerischen Mißtrauensantrag gegen OB (Otto Böhm) abgeschmettert hatte, ging man zum nächsten Punkt der Tagesordnung über: fristlose Entlassung des RGO-Betriebsrats Hartmut Moll.

Ihm wirft das Unternehmen versuchten Diebstahl vor. Er ist aber in der Lage zu beweisen, daß die bei einer Routinekontrolle am Haupttor sichergestellten Gegenstände in seiner Aktentasche sein Eigentum sind, daß also von versuchtem Diebstahl nicht die Rede sein kann.

Wir wissen nicht, ob die Mehrheit der IGM-Betriebsräte gerade einen neuen 100prozentigen Gehörschutz testete; jedenfalls hätte sich Hartmut seine Erklärungen auch sparen können. Die Mehrheit der IGM-Betriebsräte hatte die Diebstahlversion der Personalabteilung bereits akzeptiert.

Ein unbefangener Beobachter hätte den Eindruck gewinnen müssen, daß es sich gar nicht um Wahrheitsfindung handelte, sondern um eine Vergeltungsmaßnahme für den vorher verhandelten Mißtrauensantrag.

Ruckzuck wurde der fristlose Entlassung mit 20:9 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Klar, daß das Unternehmen einen RGO-Betriebsrat billig loswerden wollte. Daß aber die Mehrheit der IGM-BRs bei diesem Spielchen mitmacht, ist gerade gesagt eine Schweinerei! Anscheinend marschieren Vorstand und Mehrheit der IGM-Betriebsräte Arm in Arm, wenn es gegen die RGO oder die Kollegen geht.

Überhaupt scheint ein Teil der IGM-Betriebsräte viel besser mit dem HDW-Vorstand zu harmonisieren, als mit der Belegschaft. Daran sollte sich jeder Kollege bei der kommenden Betriebsratswahl erinnern!!!

Der Senator droht Polizeiübung auf HDW?

Am 7.9. verbreitete die DKP in Hamburg ein Flugblatt, in dem darauf hingewiesen wurde, daß für den 20.9. eine Notstandsübung der Polizei auf HDW/Gelände vorgesehen sei. Während der Polizeisprecher sofort dementierte, deckte der Betriebsrat auf, daß tatsächlich der Vorstand an ihn herangetreten sei mit dem Verlangen einer solchen Übung zuzustimmen, was er abgelehnt habe, erst dann sei die Übung abgesetzt worden. Was hier zunächst nur wie eine bloße Provokation wirkt, steht vor folgendem Hintergrund. Innenminister Pawelczyk (SPD) hatte bei der Amtseinführung des neuen Hamburger Polizeipräsidenten (und früheren stellvertretenden Vorsitzenden des DGB-Nordmark) Heering gesagt: „In der Arbeitswelt drohen Schwierigkeiten, die zu Problemen der inneren Sicherheit werden können.“

KPD-Solidaritätsflugblatt zum Hungerstreik der Frauen

Hungerstreik der HDW-Frauen: ein Erfolg

Nachdem die Partei schon zu Beginn des Hungerstreiks der Frauen ein Flugblatt verbreitet hatte, das zur Solidarität in der Öffentlichkeit aufrief, wurde am letzten Tag des Hungerstreiks ein weiteres Flugblatt verbreitet, in dem diese Aktion bewertet wurde. Auch zahlreiche Hamburger Parteiorganisationen bekundeten ihre Solidarität schriftlich und finanziell, zwei der betreffenden Schreiben drucken wir nebenstehend ab.

Seit Mittwoch früh hungern Frauen von HDW und MAN. Sie wollen mit dieser Aktion wieder die Öffentlichkeit herstellen, die die 2000 HDW-Kollegen und ihre Familien brauchen. Massentlassungen von 2000 Arbeitern, Angestellten und Auszubildenden — Entlassung zum 30. September in die Arbeitslosigkeit ohne Hoffnung — das ist die Planung des

hat der Vorstand über das Arbeitsgericht die Einsetzung der Einigungsstelle erzwungen. Aber nicht einmal die Konstituierung dieser Einigungsstelle warteten die staatlichen Manager ab.

Sie knallten dem Betriebsrat am Dienstag letzte Woche die Anträge auf Entlassung für 1345 Kollegen auf den Tisch.

Der 30. September soll auf

chen Politik herausgebracht werden. Dazu ist die Organisation von unbefristeten Streiks auf den betroffenen Werften erforderlich. Diese Initiative müßte von den Ortsverwaltungen ergriffen werden, aber die halten sich zurück. Deshalb muß auf betrieblicher Ebene der Streik vorbereitet und begonnen werden. Das ist das beste Mittel, um die IG-Metall-Führung in den Kampf zu zwingen.

Solidarität tut not!

Großartig war die Unterstützung für den Kampf der HDWler im März. Das muß jetzt verstärkt wieder aufgenommen werden. Dazu gehört auch:

- Unterstützung der hungerstreikenden Frauen;
- Aufforderung an die IG Metall, den Kampf zu organisieren;
- Geldspenden für den Streik.

HDW geht alle Hamburger Arbeitnehmer an.

Wenn dieses brutale Vorgehen des HDW-Vorstandes und seiner Auftraggeber im VDS und in Bonn durchkommt, dann wird dies schnell überall Schule machen. Das muß verhindert werden:

Den Senat nicht aus der Verantwortung entlassen!

Jahrelang hat der SPD-Senat den Niedergang der HDW mitgetragen. Jetzt bleibt ihm nur noch zu jammern und die Schuld von sich zu weisen. Parteipolitiker taktieren auf dem Rücken von 2000 Arbeiterfamilien. Auch Dohnanyi muß gezwungen werden Gelder

- für die Erhaltung des Schiffsneubaus;
- für öffentliche Aufträge zur Verfügung zu stellen und nicht nur zu lamentieren.

Gemeinsam gegen Rechts!

Jetzt, in diesen Tagen fällt die Entscheidung

- um 2000 Arbeitsplätze bei der AG Weser;
- um 2000 Arbeitsplätze bei HDW/Hamburg.

Die Urheber dieser Kahlschlagsanierung in den Betrieben, im sozialen Bereich sitzen in den Vorständen der Banken und Großkonzerne, ihre willigen Vollstrecker in Bonn auf Ministersesseln. Geld für Rüstung ist da, nicht aber für Arbeitsplätze.

Diese Wende muß gestoppt werden!



Vorstands der staatlichen HDW für Hamburg.

• Nachdem die HDWler durch Streikaktionen, Überstundenboykott und Demonstrationen im März entschieden gegen die Kahlschlagsanierung protestierten,

- nachdem dieser Kampf in der Hamburger Öffentlichkeit ein großes Echo gefunden hat,
- nachdem die HDW-Frauen selbst in der Bürgerschaft die Politiker zur Hilfe aufforderten,

wollen sie mit dieser Aktion deutlich machen, daß sie nicht bereit sind, kampfflos die Existenzbedrohung hinzunehmen.

- Sie fordern die Öffentlichkeit zur Unterstützung auf für den Erhalt aller Arbeitsplätze auf der HDW.

Bonn, Kiel und Hamburg müssen mit Steuergeldern den Handelsschiffsneubau solange aufrechterhalten, bis durch öffentliche Aufträge an die Staatswerft HDW alle Arbeitsplätze abgesichert werden können.

Die Frauen fordern Aufträge in den Bereichen Schiffssicherheit, Umweltschutz, saubere Energieversorgung zur Sicherung der Arbeitsplätze und nicht Asbestschiffe, wie die „United States“, Kriegsschiffe für das Militärregime in der Türkei oder — wie vom Senat geplant — Atomkraftwerke für die 3. Welt.

Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnabbau und ein Ende des Sozialabbaus (Fahrtgeldzuschüsse etc.) müssen durchgesetzt werden, um die ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen aufzuhalten.

Sie streiken aber auch für die Rücknahme des Strafantrags gegen drei HDW-Frauen, die verfolgt werden, weil sie es „wagten“, in der Bürgerschaft aufzutreten.

Die HDW-Kollegen sind kampfbereit

Das haben sie am Dienstag mit einer zweistündigen Arbeitsniederlegung bewiesen. Der Vorstand der HDW geht auf Weisung der Anteilseigner in Bonn und Kiel mit brutaler Härte gegen die HDWler vor.

Obwohl noch nicht einmal Verhandlungen mit dem Betriebsrat stattgefunden haben,

Biegen und Brechen der Kündigungstermin sein.

Die Wut und Empörung ist groß

Dieses brutale Vorgehen des HDW-Vorstandes ist Teil der Kahlschlagsanierung, die der Verband der deutschen Schiffbauindustrie durchpeitschen will:

9000 Entlassungen auf den Großwerften in Kiel, Hamburg und Bremen;

6000 Entlassungen auf den mittleren Werften.

Massentlassungen, Werkstilllegungen, Fusionen — diese Politik wird von den CDU-Wende-Politikern nicht nur unterstützt, sondern sogar gefordert und mit Millionen bezahlt!

Der gemeinsame Feind sitzt in Bonn!

Die Werftarbeiter in Bremen, Kiel und Hamburg haben den Kampf aufgenommen. Gemeinsam mit den Stahlarbeitern werden sie am 29. September in Bonn demonstrieren. Eine solche Massendemonstration ist ein gutes Mittel, aber:

Die IG Metall muß den Streik organisieren!

Jetzt muß die IGM-Führung aus ihrer sozialpartnerschaftli-

Liebe HDW- und MAN-Frauen!

Die Stadtteilgruppe der KPD/Langenhorn wünscht euch alles Gute und viel Erfolg bei eurer Aktion! Anbei ein bißchen Geld für volle Kaffeetassen!

Viele Grüße
KPD/Hamburg Langenhorn

An die HDW- und MAN-Frauen im Hungerstreik

Hamburg, den 7. Sept. 1983

Liebe Kolleginnen, seit heute befindet Ihr Euch im Hungerstreik für den Erhalt der Arbeitsplätze bei der HDW. Das Ziel Eurer Aktion — die Öffentlichkeit in Hamburg zu informieren und eine breite Front der Solidarität für Euren und den Kampf Eurer Männer im Betrieb zu erreichen — ist derzeit eine der wichtigsten Aufgaben im Kampf gegen die Pläne des Vorstandes. Aus diesem Grund war der gestrige Warnstreik im Betrieb ein wichtiger Schritt, ebenso wie Euer dreitägiger Hungerstreik.

Der Landesbezirk Hamburg der KPD erklärt sich solidarisch mit der von Euch gestarteten Aktion. Nur durch Aktionen und den consequenten Kampf aller Beschäftigten der HDW können wir erreichen, daß das Konzept des Vorstandes — letztlich die Schließung der HDW in Hamburg — verhindert werden kann.

Wir werden Eure Aktion und auch die Kämpfe im Betrieb mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen bzw. uns daran beteiligen.

Mit solidarischen Grüßen
(Thomas Reuschenbach)
Landesvorsitzender der KPD

Kommunistische
Partei Deutschlands
Landesbezirk Hamburg

Extraausgabe von „Heißes Eisen“, Betriebszeitung der KPD für das Peiner Walzwerk: „Wir wollen Taten sehen“

Peine muß Stahlstadt bleiben!

Mit dieser Extraausgabe ihrer Betriebszeitung, die auf der Großdemonstration vom vergangenen Freitag verbreitet wurde, unterstützte die KPD in Peine diese Demonstration. Gleichzeitig machte sie klar, daß dies wohl einmal mehr eine Aktion werden würde, bei der die Betroffenen selbst nicht zu Wort kommen würden.

Nun ist die Katze aus dem Sack. Der Stahlstandort Peine soll vernichtet werden. Viele Kollegen haben seit Jahren den Prozeß der Arbeitsplatzvernichtung miterlebt. Die Stilllegung der Halbzeugstraße, die Schließung des Hochofenwerkes in Ilsede, den Abbau vom Vier-Schicht auf Drei-Schichtbetrieb, immer größer werdende Unterbesetzung in der Produktion. Auf der anderen Seite kein Neubau einer Draht- und Feinstraße. Kein Ausbau der Adjustage im Walzwerk III, die längst überfällig ist. Die Ankündigung, die Feinstraße schnellstmöglich stillzulegen (sobald ein Tauschposten für diese Produkte gefunden ist). Die Sprüche, die Produktion des Blasstahlwerkes sei an der untersten Stufe angelangt; und seit zwei Jahren Kurzarbeit.

Es könnte im Peiner Werk mehr produziert werden. Auch ein Einstieg in andere Produkte wäre möglich. Die P + S-Bosse denken aber gar nicht daran, diese Möglichkeiten zu nutzen.

Heute arbeiten weniger als 4000 Menschen im Peiner Werk (1975 ca. 5600). Werden diese Arbeitsplätze vernichtet, dann ist Peine eine sterbende Stadt. Jeder einzelne ist davon betroffen. Denn an jedem Arbeitsplatz im Walzwerk hängen noch weitere.

Bis 12 Uhr sind es nur noch wenige Sekunden. Wenn wir jetzt nicht handeln, ist der Zug abgefahren. Die Hoffnung, daß Politiker und Verbände für uns etwas tun, trügt. — Oder haben diese Leute in den letzten Jahren etwas für uns erreicht? Wir, die Betroffenen, sind die einzigen, die etwas bewegen können, weil wir es sind, die den gesellschaftlichen Reichtum schaffen. Von diesem Reichtum haben wir aber selbst nichts. Die Reichen, die Kapitalisten, die diesen von uns geschaffenen Reichtum verschwenden, können nicht ohne uns leben, — wir aber ohne sie! Wenn wir in diesem System etwas durchsetzen wollen, dann

ist gemeinsamer und entschlossener Kampf unsere einzige Chance, unsere Interessen durchzusetzen. Unser Interesse ist ein gesicherter Arbeitsplatz, weil er unsere einzige Lebensgrundlage ist. Den bürgerlichen Politikern und den Kapitalisten ist unser Schicksal völlig egal, weil sie nur ihren Profit und ihre Pöstchen sehen. Es wird Zeit, daß wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen, wie lange wollen wir denn noch mit ansehen, daß andere die Macht haben, über uns zu verfügen wie eine Ware, die, wenn sie nicht mehr gebraucht wird, auf den Müll geschmissen wird. Die Stahlindustrie ist ein Paradebeispiel dafür, daß kapitalistisches Krisenmanagement nicht funktioniert, oder, wie im Kapitalismus üblich, immer zu Lasten der arbeitenden Menschen geht.

Was können wir eigentlich der Kahlschlagpolitik des Kapitals entgegensetzen? Die KPD fordert die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie bei gleichzeitiger Arbeitsplatzgarantie. Der Kampf um die Durchsetzung der Verstaatlichung würde eine gemeinsame Front gegen das Finanzkapital und seine Politiker schaffen. Das Auspielen der Belegschaften der verschiedenen Betriebe gegeneinander, die immer wiederkehrenden Hinweise auf „leere Kassen“ und „rote Zahlen“ der einzelnen Konzernbosse könnten im gemeinsamen Kampf der Stahlarbeiter gegen die eigentlichen Hintermänner der Stahlkonzerne überwunden werden. Der notwendige politische Druck auf Regierungen und Parlamente kann gemeinsam erzeugt werden, um unsere Interessen durchzusetzen.

Wer will das alles bezahlen? Die KPD meint dazu: „Bei uns ist nichts zu holen — die Reichen haben die Kohlen!“ Bei uns sind das die Banken. Sie machen derzeit märchenhafte Gewinne, vor allem über die

Zinsforderungen. Nur wenn wir einen Forderungs- und Zinsverzicht durchsetzen, können wir die Verstaatlichung durchsetzen. Sonst werden nur die Verluste „sozialisiert“ und die Gewinne „privatisiert“. Auch eine verstaatlichte Stahlindustrie unterliegt dem kapitalistischen Profitstreben. Wer das abschaffen will, der muß das kapitalistische Wirtschaftssystem abschaffen. Das will die KPD. Unsere Alternative heißt Sozialismus.

Wenn wir die Situation im Peiner Walzwerk und in der Stahlindustrie insgesamt sehen, dann sind schon genug Opfer gebracht worden. Jetzt muß Schluß sein! Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze ist unsere Forderung — ohne Rücksicht auf „rote Zahlen“ und „leere Kassen“.

Keine Zustimmung des Betriebsrats zur weiteren Arbeitsplatzvernichtung ohne Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen.

Daß heute diese Demonstration stattfindet, ist wichtig. Die Solidarität weit über P + S hinaus ist eine wichtige Sache. Die Betroffenheit vieler Menschen hat uns beeindruckt, wir halten das für einen guten Ausgangspunkt, um die Flamme des Widerstands richtig anzufachen. Der Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze im Walzwerk ist damit noch lange nicht erledigt! Das ist eine permanente Frage. Am 29. September findet in Bonn eine bundesweite

Stahlarbeiterdemonstration statt. Wir rufen euch auf: Beteiligt euch daran.

Wahrscheinlich werden auf dieser Kundgebung die Betroffenen selbst überhaupt nicht zu Wort kommen. Was nützen uns Sonntagsreden von Politikern und Gewerkschaftsvertretern, die hier vielleicht auch radikal tönen, aber diese Leute haben immer noch ein offenes Ohr für die Sorgen der Kapitalisten. Das hat die Vergangenheit jedenfalls immer bestätigt. Mit schönen Reden und Resolutionen ist uns nicht geholfen. Wir wollen Taten sehen! Und wir werden den Kampf für den Erhalt aller Arbeitsplätze aufnehmen. Wir müssen selbst aktiv werden.

IGM-Betriebsräte stimmten Antrag des Vorstandes zu!

Große Solidarität der ganzen Region mit Peiner Stahlwerkern

Der folgende Bericht über Verlauf und Vorgeschichte der Peiner Demonstration ist aus zwei Leserzuschriften von Parteigenossen zusammengestellt. Dabei wird insgesamt die große Solidarität und Sorge der großen Mehrheit der Bevölkerung der Region deutlich.

Anfang September war die Existenz eines Geheimbriefs der Bonner Regierung an den Vorstand von Peine-Salzgitter bekannt geworden. Darin war der Vorstand aufgefordert worden, zu berechnen, ob sich eine Totalstilllegung des Standortes Peine bezahlt machen würde.

Schon bisher, wie auch in anderen Stahlstandorten, war die Entwicklung so gewesen, daß das Werk Stück für Stück plattgemacht wurde.

Demonstration und Kundgebung waren sehr gut, die besten, die Peine je gesehen hat. Rund 10000 Menschen nahmen daran teil, darunter ungefähr 4000 Arbeiter vom Werk. Der Wille zur Solidarität ging durch die ganze Region, was für einen weiteren Kampf von großer Bedeutung ist.

Während der Demonstration und der anschließenden

Kundgebung, also zwischen 9 Uhr und 11.30 Uhr waren alle Geschäfte der Innenstadt geschlossen. Müllabfuhrwagen mit blinkenden Lichtern säumten den Marktplatz. Auch andere Betriebe beteiligten sich an der Kundgebung.

Die Redner auf der Kundgebung allerdings waren nicht gerade berauschend. Der Betriebsratsvorsitzende Gerlach beispielsweise verkaufte seinen Zuhörern kapitalistische Politik in sozialdemokratischer Form. So forderte er beispielsweise die Erhöhung des Anteils der bundesdeutschen Stahlindustrie an den von der EG ausgegebenen Quoten. Zum Schluß kam er noch zu der Forderung nach Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum.

Auch der Abschluß der Demonstration war gut. Es war bekannt geworden, daß der

Rector des Ratsgymnasiums den Schülern die Teilnahme an der Demonstration unter Androhung von Rügen und Tadel untersagt hatte. Daraufhin rief der Leiter des V-Leutekörpers der IGM Schulz dazu auf, den Rückmarsch am Ratsgymnasium vorbei durchzuführen, um gegen diesen reaktionären Willkürakt zu protestieren. Was dann auch, unter dem ständigen Geläute aller Kirchenglocken geschah. So war nicht nur die Solidarität aller mit den Stahlarbeitern, sondern auch deren Solidarität mit den Schülern bemerkenswert.

Am Abend vorher war bereits eine schwarze Fahne auf dem Werk gehißt worden, nun kam noch die rote IGM-Fahne hinzu.

Die KPD verbreitete als einzige Partei ein Flugblatt (siehe diese Seite). Das Flugblatt kam nicht nur sehr gut an, sondern es gab auch eine ganze Reihe von Arbeitern, die das Verteilen des Flugblatts spontan unterstützten.

Die BAL in die Bürgerschaft!

Interview mit einer Bremer Genossin über Kandidatur und Wahlkampf der Betrieblich-Alternativen Liste

In Bremen tritt zur Bürgerschaftswahl die Betrieblich-Alternative Liste (BAL) an. Die KPD unterstützt diese Kandidatur, Genossen der Partei arbeiten in der BAL und im Betrieblich-Alternativen Bündnis (BAB) mit. „Im Programm der BAL wie in der Kandidatenliste sehen wir eine Chance, die Interessen der Kollegen aus den Bremer Großbetrieben gegen die geplanten Massenentlassungen und weitere Arbeitsplatzvernichtung auch in der Bürgerschaft zur Geltung zu bringen. Ebenso begrüßen wir die klare Absage an die Raketenstationierungspläne sowie die Frontstellung gegen jeglichen Sozialabbau.“ So heißt es in einer Erklärung der KPD, in der auch der Verzicht auf die eigene Kandidatur unserer Partei zugunsten einer Unterstützung und Wahlwerbung für die BAL dargelegt wird.

Der „Rote Morgen“ sprach vor einigen Tagen mit einer Bremer Genossin, Mitglied in BAB und BAL, über einige Fragen im Zusammenhang mit der BAL-Kandidatur. Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus diesem Interview.

Kannst Du nochmal zusammenfassend das Verhältnis zwischen uns, wir sehen uns durch den und darstellen, wie es zur Zusammenarbeit mit der AL und schließlich zum Wahlbündnis gekommen ist?

Das Betrieblich-Alternative Bündnis hier in Bremen ist ein sehr positiver Zusammenschluß, der für alle, die im gewerkschaftlichen und Betriebsbereich ihre Erfahrungen gemacht haben — auch mit der SPD —, unheimlich wichtig ist. Das ist auch das Entscheidende für uns. Die Frage der Wahlen trat in dem Zusammenhang auf, daß wir gesagt haben, durch die SPD sehen wir uns nicht mehr vertreten, und dafür wollen wir ein möglichst großes Bündnis schaffen, um dagegen angehen zu können. Und dann eben auch im Hinblick auf die Bürgerschaftswahlen so einen Zusammenschluß schaffen.

Das BAB ist eine längerfristige Sache, ein Zusammenschluß von Leuten aus den Betrieben und Gewerkschaften, die erkannt haben, daß wir uns zusammen tun müssen und nur gemeinsam etwas erreichen können.

Daß das BAB überhaupt gegründet worden ist, dafür ist ein Grundstein gelegt worden auf der Veranstaltung zum 10. 10. 81 damals, wo die Bonzen verhindern wollten, daß sich Gewerkschafter an der großen Friedensdemonstration in Bonn beteiligen. Da haben Gewerkschafter, Vertrauensleute, Betriebsräte usw. in der Stadthalle gesagt, wir wollen doch demonstrieren. Das ist ein Punkt mit, woraus die BAB entstand, woran man gesehen hat, man muß mehr zusammen machen.

Das BAB hat eine Bedeutung, die nicht nur auf die Wahlbeteiligung bezogen ist. Unsere Arbeit ist auf die Betriebe ausgerichtet, unsere Arbeitsgruppen bearbeiten Fragen wie 35-Stunden-Woche, Alternative Produktion, Personalinformationssysteme usw. Deswegen haben wir vom BAB auch gesagt: Wenn eine Liste zustande kommt, soll sie kein Organisationsbündnis sein, sondern eine Liste von Personen, die für das Spektrum der sozialen Bewegungen und der Bewegungen aus dem Betrieb und eben das Alternativen-Spektrum stehen, die das zusammenfassen.

Die Kandidatur bestimmte sich von daher, daß wir gesagt haben, wir sehen uns durch den Senat hier nicht mehr vertreten, durch den SPD-Senat, der hat eben durch seine jahrelange Praxis gezeigt, daß er für die Arbeiter, aber auch für die anderen Bewegungen (Frieden, Sozialbereich...) nichts tut, sondern überall was wegnimmt und einspart.

Als die BAB gegründet wurde, hat sie diese Positionen in ei-

ner Erklärung zur politischen Lage dargelegt. Von Seiten der SPD ist in einigen Betrieben sofort wild gehetzt worden.

Ein Beispiel. Unter diese Erklärung zur politischen Lage wurden Unterschriften gesammelt, das ganze wurde als Flugblatt gedruckt. Dann hat die SPD bei VFW — was jetzt MBB ist — ein Flugblatt gemacht (nicht offiziell als SPD gekennzeichnet, aber es ist offensichtlich, daß es aus der Ecke gekommen ist), da haben sie diese Erklärung nochmal abgedruckt mit den Namen und haben die Namen gekennzeichnet mit einem Stern oder mit zwei Sternen. Ein Stern bedeutete, glaub' ich, „aus der Gewerkschaft ausgeschlossen“, zwei Sterne bedeuteten „DKP-Mitglied“. So haben sie das verteilt.

Das war das erste Mal, daß die so anfangen mit Denunziationen. Und dann ging's weiter mit offenen Angriffen. In einem SPD-Flugblatt, ich glaub', bei Klöckner war das, haben sie die alle als „Arschlöcher“ usw. bezeichnet. Also unheimlich wüst. Die haben überhaupt nicht inhaltlich was gebracht, sondern 'ne ganz üble Polemik entfaltet. Dann ging's weiter, daß der SPD-Landesvorsitzende einen Brief an alle SPD-Mitglieder geschrieben hat, die im BAB mitarbeiten und unterzeichnet haben fürs BAB, und ihnen mitgeteilt hat, wenn sie ihre Unterschrift nicht zurückziehen, würden sie aus der SPD ausgeschlossen.

Die BAL ist also ein Wahlbündnis. Und innerhalb dieses Bündnisses will die BAB eine gewisse Eigenständigkeit gewährleisten, was die betriebliche Politik betrifft...

Genau. Für diese betriebliche Politik ist praktisch das BAB zuständig. So kann man das in Kurzform sagen. Das heißt, Sachen, die dazu stattfinden, die gehen hauptsächlich vom BAB aus. Sie werden natürlich im geschäftsführenden Ausschuß abgestimmt, ist klar. Aber die Eigenständigkeit des BAB ist auch in dem Statutenentwurf so festgehalten — das BAB ist der Ansprechpartner für die Betriebe. Während die BAL jetzt noch andere Arbeitsgruppen hat...

Ja, Frauen, Frieden, Ökologie, Wirtschaft — das sind so Beispiele. Und die Stadtteilgruppe vom BAB.

Nochmal zum Zustandekommen der BAL. Das BAB hat also Kontakt aufgenommen zur Alternativen Liste und zu den Grünen...

Ja. Dabei hat sich die AL von vornherein ganz anders verhalten als die Grünen. Ich war bei dem ersten Treffen mit den Grünen dabei, und ich fand, das war nicht Fisch und nicht Fleisch. Die haben unheimlich viel geredet, aber eigentlich gar nichts Konkretes gebracht. Und sie ha-

ben damals zwar noch nicht so den Vorwurf gebracht, die BAB sei DKP-gesteuert, aber haben auch nicht so politisch was dagegensetzt. Die AL hat sich demgegenüber zum BAB sehr solidarisch verhalten. Die haben gleich gesagt, das ist unheimlich positiv, daß es diesen Zusammenschluß hier gibt, es ist was Neues und was sehr Gutes, und das fanden wir natürlich toll. Sie haben sich dann auch so verhalten. Das ging soweit, daß einzelne gesagt haben, sie wären bereit, eine Alleinkandidatur des BAB zu unterstützen. Die AL hat auch den Kommunalpolitischen Kongreß in Bremen von vornherein mit vorbereitet. Die Grünen haben ihren endgültigen Beschluß zur Alleinkandidatur immer so rausgeschoben, bis sie ihn dann schließlich doch gefaßt haben.

„Wir sind die einzig wirkliche Opposition im Lande“, prahlte Grünen-Chef Willers in

DKP haben die Grünen sowieso ultimativ ausgeschlossen.

Was ist denn nun dran an der Behauptung von der „vorherrschenden Rolle der DKP“?

Ich würde nicht sagen, daß die DKP im BAB oder im BAL eine vorherrschende Rolle hat. Klar ist, daß sie da mitarbeiten, und daß sie im BAB von Anfang an die Arbeit eben auch mitgemacht haben. Von der Partei aus haben wir in unserer ersten Stellungnahme zu den Bündnisverhandlungen klar gesagt, daß wir gegenüber der DKP anderer Meinung sind. Wir teilen die Ansichten nicht, die die über den Sozialismus oder über die DDR haben, aber wir arbeiten eben teilweise tagtäglich in Betrieben mit DKP-Kollegen zusammen, und da ist in der letzten Zeit deutlich geworden, daß wir bei den Kämpfen, die wir jetzt im Betrieb durchzustehen haben gegen die Kapitalisten, mit denen durchaus zusammenarbeiten können, daß man gemeinsam was machen kann und eben nicht da noch gegeneinandergeht und die Front gegen das Kapital nochmal aufspaltet. Und das ist eben auch im BAB, finde ich, gut deutlich geworden.

Das war am Anfang ganz schön schwierig, weil... wenn Du überlegst, wie das hier in Bremen war, daß damals bei Klöckner der Arbeiter Michael Weisfeld rausgeschmissen worden ist auf Betreiben, mit Zu-

und wie wir eben im Laufe der Jahre auch dadurch, daß unsere Partei aus solchen Fehlern gelernt hat und wir gesehen haben, daß es im Betrieb eben darum geht, zusammen gegen das Kapital etwas zu erreichen, daß es beschissen ist, wenn man eine Front aufbaut, wo es eigentlich keine geben müßte, nämlich bei diesen konkreten Fragen und Forderungen im Betrieb. Sicherlich gibt's da beim Vorgehen auch wieder Unterschiede, ist ganz klar, natürlich sagen wir oder erheben wir den Anspruch, in einzelnen Sachen anders vorzugehen als die DKP, und sicherlich auch bei Klöckner, aber es ist nicht so, daß das unlösbare Widersprüche sind, so wie wir das damals immer angegangen sind. Und das hat sich durch die Mitarbeit im BAB also find ich, so ganz gut angelassen.

Von beiden Seiten...

Ja, von beiden Seiten. Die DKP genauso. Das ging ja eben damals von der DKP mit aus, daß der Michael entlassen wurde. Und die sagen das auch ehrlich so, und nach anfänglichen Schwierigkeiten — als das BAB gegründet wurde, war das den allen ja noch gar nicht lieb, daß wir da mit dran teilnehmen — gab das jetzt so einen Prozeß... vielleicht sollte ich sagen: des Zusammenraufens, daß man einfach auch die erstmal vorhandenen Abneigungen ein bißchen abgeschliffen hat.

Natürlich taucht das in einzelnen Punkten, nehmen wir zum Beispiel mal die Frage der Verstaatlichung — Vergesellschaftung, wo wir schon unterschiedliche Standpunkte haben, immer wieder auf; ich finde auch, daß unsere Partei da noch viel mehr zu Stellung nehmen muß. Aber es ist nicht so, das hab' ich jedenfalls durch diese Arbeit gelernt, daß man mit DKP-Leuten nicht zusammenarbeiten kann. Das ist falsch. Und wenn solche Positionen von den Grünen vertreten werden, dann ist das schädlich, weil da nicht von dem Standpunkt ausgegangen wird, daß wir hier was gemeinsam gegen das Kapital machen müssen, sondern da wird wieder 'ne Stufe der Spaltung geschaffen, wo die Kraft der Arbeiter gegen das Kapital eben geschwächt wird.

Und diese Debatte der DKP-Unterwanderung, oder überhaupt: der kommunistischen Unterwanderung, spielt das innerhalb des BAB noch eine große Rolle? Also, manchmal ist es schon noch 'n Problem, und in der BAL noch mehr. Die BAL ist auch wieder ein anderer Zusammenschluß als das BAB. Im BAB sind die Erfahrungen, die ich eben geschildert habe, gemacht worden, in der BAL aber noch lange nicht.

Und wie ist das mit den Angriffen von außen — wird das nicht auch von außen noch geschürt? Ja, unheimlich, wenn also in der Presse über die BAL Stellung genommen worden ist, ist 'ne Zeitlang immer gebracht worden, daß da ja DKP-Kandidaten mit drauf sind. Das gipfelt in der Aussage, daß die BAB das trojanische Pferd der DKP wäre, und damit auch die BAL... Da waren die Leute im BAB unheimlich empört drüber. Es hat sich da der Standpunkt durchgesetzt, wie ich ihn schon geschildert habe für die Partei. Es gibt im BAB ja auch Leute, die mit der KPD nicht einverstan-

den sind. Wir haben ja auch SPD-Mitglieder dabei, soweit die noch nicht rausgeflogen sind aus ihrer Partei. Aber trotzdem hab' ich persönlich noch nie so eine Frontstellung erlebt, daß man gesagt hat, wir können nicht miteinander. Im BAB war klar: Dieser Angriff der Grünen ist eine Sauerei, zeigt ihre Arroganz und ihren Alleinvertragsanspruch.

Auch das Verhältnis gegenüber der Partei ist von allen beteiligten politischen und gewerkschaftlichen Kräften her anders geworden, früher wurden wir ja manchmal regelrecht geschnitten. Der allgemeine Standpunkt ist jetzt: Wo einer herkommt, ist egal, wichtig ist, daß wir gemeinsam was unternehmen gegen die da oben, und auch gegen diesen SPD-Senat. In der BAB konzentriert sich also ein Prozeß, der so von allen Seiten vollzogen wird...

Ja, würd' ich schon sagen.

Wie siehst du den Unterschied zwischen der BAL und der GAL (Grün-Alternative Liste) in Hamburg?

Ich hab' Schwierigkeiten mit der GAL, ich bin ja nun nicht in Hamburg und krieg' davon immer nur unheimlich viel Alternatives mit. Wir als Partei bemühen uns natürlich — es heißt ja auch Betrieblich-Alternative Liste — daß dieser Punkt der Betriebe eben das nötige Gewicht bekommt, und darum bemüht sich die BAB insgesamt auch. Zum Beispiel das Thema Werften — das war auch in der BAL ganz klar, daß der Schwerpunkt auch des Wahlkampfes die Werftenproblematik sein muß. Und daß der Hauptschwerpunkt eben die Betriebe sind und nicht etwa die Ökologie. Das siehst du auch an diesem gesonderten Passus fürs BAB in der BAL. Und das gibt es in der GAL nicht, das ist schon eine besondere Stellung. Die BAL als Ganzes sieht diesen Unterschied zur GAL auch...

Das kann ich nicht sagen, daß sie das nur als Gegensatz zur GAL sieht. Die GAL hat übrigens den Beschluß gefaßt, uns finanziell zu unterstützen — nein, gar nicht die GAL, sondern nur die Alternative Liste, aber darum hat's da ja wohl auch heiße Diskussionen gegeben, wenn sie — die Hamburger — jetzt bei uns unterstützen. Das ist schon ganz positiv, das ist bisher aus anderen Ländern so nicht gekommen.

Da sind unterschiedliche Meinungen zur GAL im BAB und auch in der BAL, ganz klar. Wir bemühen uns halt, daß in der BAL das Betriebliche auch wirklich das Standbein ist. Das ist auch nicht immer einfach...

Unsere Leute haben halt auch unheimlich viel um die Ohren in den Betrieben. Denk an die Werften, denk an MBB, Brinkmann — das sind alles Betriebe, die von Rationalisierung und Entlassungsfeldzügen nur so fertig gemacht werden sollen, und da haben die einzelnen natürlich auch unheimlich viel zu schaffen. Deswegen ist das mit dem Schwerpunkt auch klar, wir könnten solche Arbeit wie die Stadtteilinitiativen der BAL wie Schilder aufstellen und so gar nicht so machen. Da wär' das BAB total überfordert.

Ein weiteres Problem: So wichtig und nützlich die Auseinandersetzung mit den Grünen war, sie hat auch viel Zeit geko-



einem Papier, in dem er dafür plädierte, sich endlich nicht mehr mit den Linken und den linken Arbeiterführern abzugeben. Mit denen habe man sowieso schon viel zu viel Geduld gehabt... Er forderte „konsequente Schritte zur Alleinkandidatur“. Das war nach dem Kommunalpolitischen Kongreß, als die Frage eines Wahlbündnisses ganz aktuell wurde. Eine Zusammenarbeit mit der

stimmung des DKP-Betriebsrates, und wir haben damals ein Hurra-Flugblatt verteilt, als der DKP-Betriebsratsvorsitzende von den Kapitalisten auch entlassen worden ist. Wir haben damals auch nicht gesagt, gemeinsame Front gegen das Kapital, sondern: das ist richtig, ein Arbeiterverräter weniger im Betrieb.

Wenn Du überlegst, wie frontal die Stellung damals war,

Werften in Gemeineigentum



stet, man hätte vielleicht doch schon früher sagen sollen, jetzt reicht's und sich gezielt auf die Betriebe konzentrieren. Und in der Presse ist es eigentlich erst seit zwei Wochen so, daß wir nicht mehr als „die drei Grünen“ geführt werden, sondern die BAL extra geführt wird. Sonst ist immer gesagt worden: „die drei Grünen“. Du kannst Dir ja vorstellen, was das in den Betrieben bedeutet, wo so Protestwähler, die die Nase voll haben von der SPD, nicht gleich CDU wählen wollen, überhaupt nicht mehr wissen, was los ist. Jetzt sind wir zum erstenmal auch übers Fernsehen — durch die Sache mit Jürgen Söncksen usw. — richtig publik geworden.

Wie ist denn das Echo auf die BAL-Kandidatur in den Betrieben?

Es gibt einmal das Echo, daß man merkt, daß von Seiten der SPD und der SPD-Betriebsräte und so schon ziemlich Front gemacht wird gegen die BAL. Daß zum Beispiel 'ne Zeitlang wenig von den Presseerklärungen der BAL rüberkam und daß eben solche Sachen kamen wie „trojanisches Pferd“ und so.

Bei den Kollegen ist das so, daß wir uns noch mehr in den Betrieben bekanntmachen müssen. In unserer zweiten BAL-Zeitung hatten wir auch den Schwerpunkt Betriebe, da war ein Hauptartikel zu den Werften drin. Wir haben jetzt für die Betriebe Kandidatenflugblätter gedruckt, wo der erste Teil mit der Rede von Jürgen Söncksen für alle Betriebe gleich ist und dann im zweiten Teil jeder Betrieb zu seinen Problemen Stellung nimmt. Das wird in ganz hoher Auflage gedruckt und in den Betrieben verteilt. Es ist manchmal

schwierig, das alles auch organisatorisch umzusetzen, weil eben soviel los ist in den Betrieben.

Die Kollegen, mit denen Du direkt zu tun hast, kriegen die ganze Sache natürlich auch direkt mit, aber darüberhinaus, glaub' ich, ist die BAL noch nicht so ein Begriff. Sie wird es vielleicht jetzt, durch die Sachen mit Jürgen Söncksen und die verstärkten Wahlkampfaktivitäten zu Themen, die für die Arbeiter wichtig sind.

Ist der betriebliche Teil des Wahlprogramms bereits irgendwo wirksam geworden? Gelingt es der BAL mit bestimmten Aktionen, die damit zu tun haben, Aufmerksamkeit zu erringen? Das ist unterschiedlich. In Betrieben, wo das BAB und die BAL relativ stark vertreten sind wie Klöckner und MBB und Daimler-Benz, da ist natürlich ein ganz anderer Einfluß da als in anderen Betrieben. Es ist, glaube ich, auch noch nicht genug dafür getan worden, daß wir da Fuß fassen, das fängt wirklich erst jetzt an, nämlich durch die Werftengeschichte und durch die Geschichte mit Jürgen Söncksen.

Gibt es denn schon konkrete Sachen zu dieser Werftengeschichte, zum Beispiel AG Weser...

Also, es ist so, daß die BAL sofort ein Flugblatt gemacht hat als das raus war mit der Werftenschließung, und ein Plakat — es wurden viele Plakate gestellt —, dann Solidaritätsresolutionen... Und daß wir eben über die Leute vom BAB oder von der BAL, die in den Betrieben sind, wie die Betriebsräte von Klöckner oder so, immer wieder unsere Solidarität zum Ausdruck gebracht haben. Das ist natürlich schwierig, weil wir bei der Vulkan das Problem ha-

ben mit dem Bettelhäuser, der bei der BGL kandidiert, und bei der AG Weser ist das Problem mit dem Ziegenfuß. Eine lange sozialdemokratisch beeinflusste Arbeiterschaft, kann man sagen, daß also die BAL nicht so dicke Positionen auf den Werften direkt hat. Das war zwar schön, aber so ist es nicht. Da sieht's eben bei MBB oder Klöckner ganz anders aus.

Wie beurteilst du denn die Wahlchancen der BAL?

Also die Wahlchancen... Ziel ist ganz klar, reinzukommen! Und das können wir auch schaffen. Für uns ist dabei auf jeden Fall klar: Das Entscheidende ist nicht die Arbeit im Parlament, sondern die in den Betrieben. Das ist ja bei den Grünen ganz anders. Und die BGL grenzt sich nach links ab. Bei deren Flugblättern hat man manchmal wirklich gedacht, jetzt versteht man, warum die NPD ihre Kandidatur zurückgezogen hat. Denn das war wirklich so übel, solche Angriffe gegen die „Chaoten“, „Spinner“... wirklich, ganz übel sind die da vorgegangen.

Wie siehst du die Interessen der Frauen in der BAL vertreten?

Die Frauen sind in der BAL sehr aktiv. Es gibt da auch eine Frauengruppe, die eine eigene Vorstellung — Kandidatinnen stellen sich vor — gemacht hat. Sieben der 15 Kandidaten sind Frauen. Auch im geschäftsführenden Ausschuß, in allen Gremien sind eigentlich relativ viele Frauen. Auch auf Versammlungen sprechen viele Frauen, echt anders als das sonst immer ist, das muß man wirklich sagen. Auch die zweite Kandidatin ist eine Frau, Brigitte Möller. Spitzenkandidat ist Jürgen Söncksen.

Nazi-Terroristen kandidieren zur Hessenwahl

ANS gründet „Aktion Ausländerrückführung“

In Hessen will eine Tarnorganisation der faschistischen Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) an den Landtagswahlen teilnehmen. Sie nennt sich „Aktion Ausländerrückführung“ (AAR). Thomas Brehl aus dem ANS-Führungskader (Stellvertreter Michael Kühnens) ist Wahlkreiskandidat in Fulda, Arndt-Heinz Marx, ebenfalls dem Führungstrio der faschistisch-terroristischen Bande zugehörig, zeichnet für die Wahlplakate verantwortlich.

Ein AAR-Plakat war Anlaß für verschiedene antifaschistische Kreise, einen Strafantrag gegen die AAR zu stellen. Besonders wichtig: Auch der DGB-Kreisverband Fulda ist dabei. Überhaupt formiert sich der Widerstand gegen die Nazi-Liste, deren Auftreten ein politischer Skandal ist, dem ein Ende gesetzt werden muß. Hier zeigt sich noch einmal deutlich die Bedeutung der Forderung nach einem Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda, für das die KPD unter anderem eintritt.

Gegen die AAR verfaßten der DGB/Fulda und andere Organisationen eine Resolution, die wir im folgenden in Auszügen abdrucken.

„Die AAR hat in Fulda u. a. ein Plakat mit dem Titel „Mit 15 in — mit 18 hin“ geklebt (verantw. i.S.d.Pr.ges. A.-H. Marx), das mit erlaubter Wahlwerbung nichts mehr zu tun hat,

sondern vielmehr unsere ausländischen Mitbürger aufs Übelste verunglimpft und eindeutig zum Rassenhaß aufstachelt. Das Plakat zeigt einen Schwarzen über eine weiße Frau gebeugt, beschuldigt die in der Bundesrepublik lebenden Türken, zu mehr als 50 Prozent faul zu sein und nicht arbeiten zu wollen. Auch die Kirchen und der DGB werden angegriffen, da sie das Vorhandensein der Türken in der BRD als „multinationale Gesellschaft feiern“ würden.

Die „Aufstachelung zum Rassenhaß“ ist ein Straftatbestand im Sinne des StGB; ihrer macht sich z. B. schon schuldig, wer die „Menschenwürde anderer angreift“. Daher stellt der DGB am 1.9.83 Strafanzeige gegen A.-H. Marx wegen „Aufstachelung zum Rassenhaß“ durch obiges Plakat. Die unterzeichnenden Organisationen und Einzelpersonen unterstützen diese Strafanzeige.

Ferner fordern die Unterzeichnenden Herrn Oberbürgermeister Dr. Hamberger auf, im Namen der Stadt Fulda ebenso wie der DGB Strafanzeige gegen die AAR wegen obiger Sache zu erstatten. Des weiteren wird Herr Dr. Hamberger von den Unterzeichnern aufgefordert,

- der AAR mittels einer einstweiligen Verfügung zu verbieten, das oben genannte Plakat weiterhin in Fulda zu kleben;
- dafür Sorge zu tragen, daß diese Plakate umgehend von sämtlichen öffentlichen Flächen entfernt werden.

Wie der Vorsitzende des „Kultur- und Sportvereins türkischer Arbeitnehmer in Fulda e.V.“ erklärte, haben bereits wieder sehr viele Türken starke Angst, hier zu leben. Es gilt, ihnen diese Angst, soweit das in unserer Kraft steht, zu nehmen. Wer von der Integration ausländischer Mitbürger spricht, muß auch unsere ausländischen Mitbürger vor der üblen Diffamierung und Verletzung ihrer Menschenwürde durch die AAR in Schutz nehmen. (...)

Fulda, den 31.8.1983
im Auftrag:
Berthold Seliger“

Elfjährigem türkischen Mädchen droht Abschiebung

Kemal Altuns Tod hat an der Unmenschlichkeit der Behandlung von Ausländern durch deutsche Gerichte nichts geändert

Kyrai Inci, ein elfjähriges Mädchen aus der Türkei, ist in die Mühlen der deutschen Justiz geraten: Sie belaste die öffentlichen Einrichtungen des Landes, so befand ein Westberliner Verwaltungsgericht, sie sei im übrigen bereits 14 Jahre alt — eine Behauptung, die auf einem Mißverständnis beruht und der Lehrer, Verwandte und ihr Anwalt widersprechen —, damit „selbständig“ und „allein lebensfähig“ und müsse deshalb aus unserem Lande verschwinden.

Kiray Inci kam im August 1980 nach Westberlin zu ihrem Onkel, der vor einem türkischen Gericht das Sorgerecht für seine Nichte erwirkt hatte. Denn in der Türkei hat sie niemanden mehr: ihr Vater ist tot, ihre Mutter verschwand nach erneuter Heirat spurlos und ließ die Kinder zurück. Seit sechs Jahren ist sie bereits unauffindbar. Selbst wenn sie entgegen aller Wahrscheinlichkeit gefunden würde — von einer Beziehung zwischen ihr und Kyrai kann keine Rede mehr sein. Ihr einziger bekannter Angehöriger ist der 80jährige Großvater, dem jedoch schon vor Jahren wegen Unfähigkeit und eigener Pflegebedürftigkeit das Sorgerecht aberkannt wurde.

Ein deutsches Kind, sei es nun elf oder 14 Jahre alt, würde von keinem Gericht als „selbständig“ erklärt werden. Es würde in einer vergleichbaren Situation aufgegriffen werden, gegen die Erziehungsberechtigten würde ein Verfahren wegen Verletzung der Aufsichtspflicht usw. eingeleitet. Allerdings steht Kiray Inci seit drei Jahren gar nicht mehr allein — sie wohnt doch bei ihrem Onkel.



Warum darf sie nicht bei ihm bleiben, warum soll sie das Land verlassen und einem ungewissen Schicksal ausgeliefert werden?

Der Zuzug zu ihrem Onkel sei durch das Recht der Familienzusammenführung nicht gedeckt, befand die Westberliner Innenbehörde bereits im November 1982 und verhängte eine Ausweisungsverfügung. Es berief sich dabei unter Mißachtung der genannten Umstände darauf, daß die Mutter schließlich in der Türkei lebe!

Um die „Ernsthaftigkeit des Ausreiseverfahrens“ deutlich zu machen, wurde gegen das Kind Anfang Juli sogar ein Haftbefehl erlassen, der aufgrund des großen Protestes aus der antifaschistischen Öffent-

lichkeit aber nicht vollzogen wurde. Nach der neuerlichen Entscheidung der 11. Kammer des Westberliner Verwaltungsgerichtes, die Kiray Inci das Aufenthaltsrecht abspricht, droht akut die Verhaftung und Zwangsabschiebung des Mädchens.

Daraus darf nichts werden! Das fordern Demokraten und Antifaschisten nicht nur in Westberlin. Krays Anwalt verwies in einer Stellungnahme zu dem empörenden Verwaltungsgerichtsurteil auf die schwere psychische Belastung für das Mädchen und verwies darauf, daß es Kemal Altun ähnlich gegangen sei. Inzwischen sprach sich auch die Berliner SPD gegen eine Ausweisung aus. **Kiray Inci muß bleiben!**

Zur Vorbereitung des Volksfront-Kongresses

Im Herbst '83 veröffentlicht der „Rote Morgen“ Diskussionsbeiträge der politischen Organisationen, die die Volksfront unterstützen. Dies entspricht einem Beschluß des geschäftsführenden Ausschusses des BWK und des Sekretariats der KPD.

Der Volksfront-Kongreß wird Ende November stattfinden. Er wird nach einer Diskussion über die bisherige Arbeit der Volksfront die Aufgaben für die nächste Zeit erörtern und festle-

gen. Die vorbereitende Diskussion hat in der Volksfront selbst bereits begonnen.

Nach dem Abdruck von Beiträgen des BWK (33 und 34) und der KPD (RM 35 und 36) bringen wir diesmal als vorläufigen Abschluß die Überlegungen der Freien Arbeiterunion/Rätekommunisten (FAU)

Eine Beteiligung anderer politischer Organisationen an dieser Debatte würden wir begrüßen.

... Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!

Machen wir es kurz: Wir stehen einer Offensive der Reaktion gegenüber. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, der Ökonomie, Politik, Kultur usw. sehen wir uns den mit verteilten Rollen agierenden Agenten der Bourgeoisie gegenüber, welche nicht nur versuchen, die materielle Lebensgrundlage der arbeitenden Klasse immer weiter zu reduzieren, sondern gleichzeitig immer massiver darangehen, das Klassenbewußtsein zu zersetzen und das Proletariat auf einen neuen Krieg einzuschwören.

So verstanden ist die propagierte „Wende“ auch nicht blosses Krisenmanagement, sondern die von der Bourgeoisie erkannte Möglichkeit, die Legitimationskrise des Industriestaates so zu lösen, daß den von ihr Beherrschten nur noch die scheinbare Wahl bleibt zwischen der Angst ums nackte Überleben oder der Zustimmung zum imperialistischen Frieden und zum kapitalistischen Status quo verschärfter Ausbeutung.

I.

Ein Ausdruck dessen ist die Abwendung ehemaliger, sich subjektiv als revolutionär verstehender Linker von Positionen des Klassenkampfes hin zur Position der Verteidigung eines abstrakten „Lebens an sich“ — egal unter welchen Bedingungen und sei es im Bündnis mit der eigenen Bourgeoisie! (Pikanterweise sind das oft diejenigen, die früher beim nationalen Befreiungskampf unterdrückter Völker zu den schärfsten Verfechtern des Klassenkampfes und der Niederrückung der Bourgeoisie mit allen Mitteln zählten. Nun, im eigenen Land mit der eigenen Vernichtung durch Atomraketen bedroht, entsinnen sie sich dann doch lieber wieder der Ethik des schützenden Lebens aller Menschen oder der „Integrität“ und „Würde“ von Mördern wie dem blutbespritzten US-General. Von hier bis zum Abtreibungsgegner ist es nur noch ein kleiner Schritt.)

Unsere Aufgabe wird es in nächster Zukunft sein, zu verhindern, daß die Friedensbewegung vollkommen zu einem Herrschaftsinstrument der Disziplinierung von sozialen Unruheherden verkommt. Wenn Vertreter der Friedensbewegung einerseits über sogenannten

Konsumverzicht, Abkehr von der Industrialisierung etc. schwätzen und andererseits mit Bundeswehr und Bullen darüber beraten, wie militante Linke am besten von ihnen ans Messer geliefert werden können, betreiben sie das Geschäft der Bourgeoisie, die allemal lieber eine opferbereite Volksgemeinschaft als ein klassenbewußtes Proletariat hat.

Die Ursache für diese Kollaboration mit dem Klassenfeind brauchen wir bekanntermaßen nicht lange zu suchen. Sie ergibt sich eindeutig aus der Interessenlage der überwiegenden Zahl der Grünen und Alternativen, die das Gros der Friedensbewegten bilden. So ist es denn auch nicht etwa eine infame Verfremdung der Friedensbewegung, eine Umkehrung ihres Sinnzusammenhangs, wenn jetzt die CDU sich ebenfalls als friedensbewegt, mitsamt weißer Taube als Symbol, hinstellt. Es ist nur der klare Ausdruck gleicher Interessen zwischen einem Teil der Reaktion und Friedensbewegten: Frieden, ja! Jedenfalls solange, bis das Risiko der eigenen Vernichtung soweit eingrenzbar ist, daß die Wahrscheinlichkeit des Sieges sie überwiegt. Dann stimmen sicher auch die grünen Friedenskämpfer neuen Kriegskrediten für einen Verteidigungskrieg gegen Osten zu, „alternativer“, wie Bastian jetzt schon den „defensiven Knapfhubschraubern“ im Bundestag zustimmt. Hier lehnen sich Angehörige der oder Kandidaten für die Bourgeoisie gegen ein verrücktes Konzept eines Teils ihrer Klasse auf, zugunsten einer ihrer Meinung nach effektiveren Einsatzen.

Was hat die Arbeiterklasse damit zu tun? Nichts, denn hier geht es nur um „alternative Verteidigung“. Und die ist von der gleichen Qualität wie z. B. alternative Ausbeutung oder alternatives Profitinteresse. Es liegt jedenfalls nicht im objektiven Interesse des Proletariats, sich in einen Angriff auf ein anderes Volk treiben zu lassen, um die Ausbeuterordnung des eigenen Landes dorthin zu bringen.

II.

Mit den Grünen um die Wette buhlen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbürokratie um das Rückenmark der von ihnen sogenannten „Bevölkerung“.

Die Gewerkschaften erwei-

sen sich dabei mit der Zeit immer mehr als würdiger Nachfolger der Deutschen Arbeitsfront, indem sie einen Schaukampf um die Lohnraub-Prozente gegen ihre Sozialpartner führen. Die Argumente beider Seiten für dasselbe, den Lohnraub nämlich, sind meist so übereinstimmend, daß es schwerfällt, herauszufinden, welche der vorgeblichen zwei Verhandlungsseiten auf der Seite der Arbeiter stehen soll. Daß es dem Proletariat wohlgehe, wenn es dem Ausbeuter ausgezeichnet geht, daß es dem Ausbeuter nur ausgezeichnet gehen kann, wenn die Konkurrenz in In- und Ausland am besten über Arbeitsplatzvernichtung und Krieg ausgeschaltet wird, daß also der Krieg für das Wohlergehen des Proletariats sorgen wird, ist die „message“ des DGB. Aber natürlich: Ein Krieg der führ- und gewinnbar ist, soll es sein! Getragen von der in einem Boot sitzenden Volksgemeinschaft.

Die Anbindung der Arbeiterklasse an die SPD war bislang unbestritten. Daß sich das ändern kann, und daß dies die Sozialdemokraten schon frühzeitig in ihre Überlegungen ein-

bezogen haben, zeigen ihre Bemühungen um die Mittelklassen, ihre Konkurrenz zu Grünen und Alternativen. Nicht, daß sie die Arbeiterklasse als Zielgruppe fallenlassen würden, um sich „ein anderes Volk zu wählen“, sondern daß die Zuspitzung der zyklischen Krise eine Rückbesinnung der Arbeiterklasse auf ihre wahren Interessen wahrscheinlich macht.

Natürlich besitzen die Sozialdemokraten großes Geschick und große Erfahrung im Hinters-Licht-Führen und Einseifen der Arbeiter. Insofern wird sich sicher nicht jeder Arbeiter automatisch angeekelt von der SPD abwenden — aber die bisherige fast vollständige Anbindung wird sicher ein Ende haben und in die Suche nach echten Alternativen für die Arbeiter münden. Die Alternative „Tornado-Apel“ statt „Starfighter-Wörner“ wird es jedenfalls kaum sein.

III.

Die christliche Reaktion, ob als Partei oder Kirche organisiert, liefert den Hintergrund für den Generalangriff: Ihre Ideologie ist der Angriff auf die Arbeiter-

klasse des eigenen wie anderer Völker. Einig in den grundsätzlichen Fragen von Ausbeutung und Unterdrückung, arbeiten sie emsig wie die Schweißfliegen daran, den durch die soziale Lage entstehenden Bewußtwerdungsprozeß der Arbeiterklasse über Sozialdemagogie in faschistische Bahnen zu drängen. Einig mit dem größeren Teil der sogenannten „aufgeschlossenen“ Bourgeoisie (Grüne) über die Notwendigkeit kapitalistischer Ausbeutung, füllen sie mit ihrer Rechtfertigungs-ideologie für das Überleben des Stärkeren jede entstehende Lücke der vor ihrer Ausbeutungslogik pazifistisch zurückweichenden Linken. Durchaus scheinbar widersprüchlich in ihren einzelnen Teilen (Opferung der BRD in einem atomaren Inferno und Weltherrschaft als Teil des US-Imperialismus oder in Konkurrenz zu ihm), geht es strategisch doch immer nur um die Konstituierung des Weltkapitalismus.

Wenn wir es nicht schaffen, den Kampf für diesen imperialistischen Nachkriegsfrieden in einen Kampf gegen imperialistischen Krieg und kapitalistische Ausbeutung zu verwandeln, wird die Reaktion es schaffen, weite Teile der Linken und Fortschrittlichen zu pazifizieren und erneut auf den Staat einzuschwören; wird das Proletariat lieber das kapitalistische Überleben als den Atomtod anstreben und sich, vor diese alleinige Alternative gestellt, vom Klassenkampf abwenden.

Wenn wir es nicht schaffen, in der Friedensbewegung das Bewußtsein über die Notwendigkeit des gewaltsamen Sturzes der eigenen Bourgeoisie wachzuhalten — werden das andere für uns übernehmen (zumindest scheinbar!) ...

IV.

Michael Kühnen und seine Nazibande zum Beispiel. Seine erklärte Absicht ist das Hineingehen in die Friedensbewegung und sein Anknüpfungspunkt ist der „Ausverkauf der eigenen Nation“ gegenüber den USA, der Antiamerikanismus.

Nicht besonders originell, aber durchaus bezeichnend für die gleichgerichtete Interessenlage aller Beteiligten, ist seine Auffassung, daß die „Nationalsozialisten die eigentliche Friedensbewegung sind“. Dieser Ansicht sind ja letztlich alle

bislang von uns oben aufgeführten Gruppen. Und was dem einen seine „ausverkaufte Nation“ ist dem anderen seine „alternative Verteidigung“.

Eines ist jedenfalls ziemlich sicher: Aus ihren Erfahrungen wissen die Faschisten wie Kühnen etc., daß in einer Situation wie heute, einer sich zuspitzenden kapitalistischen Krise, die Arbeiterklasse, ja, das Gros des arbeitenden Volkes sowie der Erwerbslosen, Auswege aus den elenden (herrschenden oder drohenden) Lebensbedingungen sucht, und daß sie für soziale Demagogie in dem Maße empfänglicher werden, in dem sich auf der Seite der Revolution (oder auch nur der fortschrittlichen Seite) keine Perspektiven anbieten.

Gibt es aber diese Perspektiven? Nein!

• Wir wissen alle, daß die Revisionisten mit ihrem Opportunismus keine Perspektive anzubieten haben.

• Wir wissen, daß es keine geeinte revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse gibt; daß es zwar Ansätze und eine gewisse Basis dafür gibt, aber nichts, was jetzt Lösungen anzubieten hätte.

• Wir wissen außerdem, daß es noch nicht einmal eine Einheitsfrontorganisation der von der Krise materiell/existenziell betroffenen Teile des Volkes gibt, die gemeinsam gegen die Ausplünderung und die Kriegsvorbereitung stehen könnte um so wenigstens eine Orientierung zu geben.

Es liegt auf der Hand, was passiert, wenn die Friedensbewegung immer bürgerlicher und pazifistischer wird, wenn sie immer weiter integriert wird, aufgespalten in „Friedliche“ und „Gewalttäter“ (wobei Ede Zimmermann sagt, wo die Gewalt anfängt: „gewaltlose Aktionen sind Gewalt.“), es liegt auf der Hand, was passiert, wenn militante Kampfformen von den Linken fallengelassen und frustrierte Linke, Arbeitslose, desorientierte Jugendliche und Arbeiter über geschickte soziale Demagogie und radikales Auftreten zu gewinnen und zu vereinen —

Es kann den Faschisten gelingen!

Nicht, daß wir Kühnen als neuen Hitler ansehen würden und die Gefahr, die von ihm ausgeht, überschätzen, wir sehen nur, daß er das in die Tat umsetzt, was die anderen



„Führer“ der Rechten bislang nur in Ansätzen zuwege gebracht haben: eine alle Klassen umfassende Organisation mit faschistischer Zielsetzung und relativ großem Erfolg. Dieser Erfolg ist sicher zum Teil nicht dadurch zu erklären, daß die Angeschprochenen voll hinter dem stehen, was die Faschisten ihnen zu sagen haben — aber sie hören nichts Alternatives dazu, weil von unserer Seite aus zu wenig kommt. Falsches setzt sich hier nicht durch Überzeugung durch, sondern durch Abwesenheit von Richtigem.

Man kann darüber streiten, welche Funktion Kühnen und seine Banden oder z. B. Gruppen der „Nationalrevolutionäre“ in einer kapitalistischen Krisenwirtschaftsordnung haben.

Man kann es aber auch untersuchen.

Deutlich ist, daß sie sich einer gesunden Förderung durch die Bourgeoisie erfreuen (und sei es nur durch Duldung), während gleichzeitig Teile derselben lauthals den Antifaschismus hervorkehren. Deutlich ist weiterhin, daß sich die programmatischen Aussagen von Faschisten, Nationalsozialisten und der christlichen Reaktion inhaltlich nicht unterscheiden lassen. Und deutlich ist auch, daß es besonders die sogenannten Nationalrevolutionäre über linkes Vokabular und ideologische Anleihen bei Kommunisten und Anarchisten geschafft haben, Einbrüche in die Linke zu erzielen und Verwirrung aber auch Zuspruch zu erzeugen. Zusammengekommen ergibt das die bekannte faschistische Mischung: Allen alles zu versprechen, auch wenn es sich inhaltlich z. T. schroff widerspricht.

Versuchen wir, ein Resümee der Generaloffensive der Reaktion zu ziehen: Dazu müssen wir uns als erstes die Frage stellen,

Wer ist die Reaktion?

Diese Frage ist nur an den Inhalten zu klären und nur noch eingeschränkt etwa an Parteizugehörigkeit o. ä. Zur Reaktion gehört, wer: seine sozialen Interessen als Einheit mit der Notwendigkeit des Weiterbestehens der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begreift und verteidigt, woraus sich natürlich ergibt, daß jeder Chauvinist zur Reaktion gehört, weil der Chauvinismus notwendiger integraler Bestandteil dieser Wirtschaftsordnung ist.

Wenn wir nun die oben aufgezählten Gruppen unter Einbezug der Arbeiterklasse ansehen, stellen wir fest, daß mehr oder weniger in allen diesen Formationen Reaktionäre vorhanden sind. Natürlich finden wir in der CSU mehr als in der Gewerkschaft, bei den Faschisten mehr als bei der Sozialdemokratie, das bedeutet aber im Umkehrschluß auch, daß sich überall dort auch Menschen finden lassen, die subjektiv oder objektiv nicht zur Reaktion zu zählen sind.

Für die Arbeiterklasse ist das klar. Sie ist der natürliche Feind der Reaktion, sie hat als einzige Klasse ein objektives Interesse an der Zerschlagung des kapitalistischen Systems. Ihr fällt die Aufgabe zu, sich in einer Kampforganisation ihrer Klasse zusammenzuschließen. Erst wenn diese Aufgabe gelöst oder zumindest entschlossen in Angriff genommen wurde, wird es auch möglich sein, über die Arbeiterklasse hinaus Menschen in einer Front gegen die Reaktion erfolgreich zusammenzuschließen und Bündnispartner aus der Reihe der Bourgeoisie herauszuberechnen und

hinter partiell gleichen Interessen zu sammeln. Die gleichen Interessen sind, wie oben geschrieben, der Kampf gegen die Ausplünderung und die Kriegsvorbereitung durch die Bourgeoisie.

Kann die Volksfront heute diese Funktion einer Frontorganisation gegen die Reaktion und für den Zusammenschluß erfüllen?

Nein. Sie ist nur der vorweggenommene Versuch, Bündnispartner für die Kampforganisation der Arbeiterklasse zu gewinnen, obwohl diese Organisation noch nicht in der notwendigen Klarheit und Form besteht. Eine Diskussion über die Volksfront ist darum notwendigerweise auch immer eine Diskussion über die Organisation der Arbeiterklasse. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar. Ohne proletarische Organisation auf der Seite der Revolution wird es schwerfallen, Teile des Mittelstands etc. für die Sache des Proletariats zu gewinnen. Für die eigene Sache werden sie ja schon scheinbar ausreichend von ihren eigenen Organisationen der Reaktion oder z. B. der Grün/Alternativen gewonnen. Und das weitaus einfacher, weil es ihren Interessen scheinbar immer noch eher dient, eine andere Form kapitalistischer Herrschaft anzustreben als den Kapitalismus an sich abzuschaffen.

Daß es heute schwierig ist, Bündnispartner für die Arbeiterklasse in der Volksfront zu vereinen, wissen alle Mitglieder. Wir beobachten aus dieser eindeutigen Lage heraus allerdings mit einiger Sorge eine starke rechtsopportunistische Tendenz, die es sich nicht zum Ziel macht, die Volksfront über den Aufbau einer proletarischen Klassenkampforganisation zum „zweiten Standbein“ auszubauen und in der Volksfront die eindeutigen Feinde der Reaktion zu sammeln, sondern sie versuchen unter Preisgabe der eigenen eindeutigen feindschaftlichen Stellung gegenüber der Bourgeoisie dem mittelständischen Organisationsmodell Grüne/Alternative hinterherzulaufen. Die Antibiederung geht dabei teilweise so weit, die eigene Organisation zugunsten dieser Mittelstandsorganisation aufzulösen oder doch zumindest nicht mehr öffentlich zu nennen — was das Gleiche ist.

Dieser Opportunismus, der sich aus dem verständlichen Wunsch nach Erfolg unter den Massen nährt, verwechselt hier aber wieder mal „die Massen“ mit den in Bewegung geratenen Strömungen/Teilen von Bourgeoisie und Kleinbürgertum, die relativ lautstark beginnen, ihre Interessen zu formulieren. Über ihren Einfluß in den Medien ist ihnen dieses natürlich recht leicht möglich.

Wer formuliert derart lautstark die Interessen der Arbeiterklasse? Das wäre eigentlich unsere Aufgabe. Und weil diese Aufgabe uns in diesem Moment, ohne eine starke Organisation im Rücken, kaum Erfolg in den relativen Massen des grün/bunten Mittelstands bringen kann, lassen die Opportunisten lieber von dieser Aufgabe ab und propagieren die Ziele des Mittelstands. Wieder einmal wird Quantität mit Qualität gleichgestellt. Das geht manchmal sogar schon weiter als bei den von vornherein in die Grün/Alternativen hineingegangenen Kommunisten, die — wenigstens zum Teil — hier nicht Mittelstand mit „den Massen“ verwechseln und verbissen versuchen, wenigstens im

Ansatz die Interessen der Arbeiterklasse in dieser Mittelstandsorganisation zu formulieren.

Wenn die Volksfront heute ihre Aufgabe nicht erfüllen kann, warum lassen wir es dann nicht sein?

Weil die Arbeiterklasse ohne Bündnispartner die Revolution nicht gewinnen kann. Platt — nichts desto trotz immer noch wahr.

Ein sektiererischer Fehler wäre es, jetzt einfach die Aufgabe der Frontbildung gegen die Reaktion aufzugeben und die Hauptaufgabe im Aufbau der proletarischen Organisation zu sehen. Das eine tun, ohne das andere zu lassen, heißt es.

Was können wir heute als Volksfront tun?

Kampf gegen die Reaktion heißt Kampf gegen Faschismus. Ihn zu führen, setzt voraus, den Faschismus begriffen zu haben, also ihn zuerst einmal zu untersuchen. Dazu müssen wir klären, was ist faschistische Ideologie, wo tritt sie auf, von wem wird sie vertreten, welche Möglichkeiten ergeben sich daraus, dieser Ideologie von unserer Seite aus entgegenzutreten.

Ohne prophetische Kenntnisse sind wir uns sicher einig, daß wir es im Kampf gegen die Kriegsvorbereitung mit faschistischer Ideologie zu tun bekommen, daß sich zweifelsohne auch in der Bewegung gegen den Krieg Tendenzen sammeln, die nur etwas gegen einen nicht gewinnbaren Krieg haben und daß sich diese Tendenzen mit den Blut-und-Boden-Propagandisten brauner „Umweltschutz“-Richtungen sowie den fortschrittsfeindlichen Verarmungsfetischisten zu einer braunen Einheitsfront zusammenfinden werden, die die Bewegung gegen den Krieg unter ihren Einfluß bekommen will. Von der offenen Reaktion gar nicht zu reden.

Diese Strömungen der Friedensbewegung müssen wir untersuchen, ihre Absichten und Ziele über eindeutige — das heißt antikapitalistische/antifaschistische Agitation und Propaganda in der Friedensbewegung entlarven, um sie zu isolieren und den fortschrittlichen Teil für den antikapitalistischen Kampf in der Volksfront zu gewinnen.

Der Kampf gegen den Faschismus findet in der Friedensbewegung statt. Aber nicht nur dort und dort eher schwieriger und komplizierter als beispielsweise in der Arbeiterklasse selbst oder bei Erwerbslosen oder der Jugend.

Hier werden wir ja in der nächsten Zeit damit konfrontiert sein, daß die Arbeiterklasse, zurückgeworfen auf ihre eigenen Interessen, zunehmend nach Orientierung für ihren Kampf suchen wird.

Die offenen Faschisten vom Schlage Kühnen bieten ihnen diese Orientierung an. Sie arbeiten schon jetzt daran, eine faschistische Betriebszellen-Organisation wieder aufzubauen, sie machen in den Arbeitsämtern Propaganda, und sie konzentrieren sich zunehmend darauf, Jugendliche für ihre Ziele über den Aufbau faschistischer Schlägertrupps und Wehrsportgruppen zu gewinnen. Gleichzeitig sorgen sie ideologisch dafür, daß bei Teilen der Linken ideologische Desorientierung auftritt, weil die Losungen und teilweise sogar die Inhalte linker Politik von den Faschisten für ihre Zwecke mißbraucht werden.



Hierbei ist zum Glück keine linke Tendenz davon verschont, sich in die gefährliche Nähe der Faschisten zu begeben: Sowohl Marxisten-Leninisten als auch Anarchisten entblöden sich in letzter Zeit nicht, „die Diskussion mit Nationalrevolutionären zu suchen“ um „die Gemeinsamkeiten“ herauszuarbeiten. Die einen verbindet scheinbar der „Antimperialismus“ mit den Faschisten, die anderen ihr Antikommunismus. Wenn es uns hier nicht gelingt, einen eindeutigen Trennungsstrich zwischen Faschismus und Revolution zu ziehen, wird die Sozialdemagogie und die Revolutionsphrasen der Faschisten auch bei Teilen der Linken greifen, und wir finden sie unversehens auf der anderen Seite wieder.

Wie ziehen wir nun diesen Trennungsstrich?

Zum einen natürlich auch hier über die Untersuchungsarbeit. Was sind die Absichten und Ziele der Faschisten, wohin

führt ihre Politik, wem nützt sie usw.

Zum anderen aber müssen wir den Faschisten schon heute praktisch entgegenzutreten, ihre Banden zerschlagen, ihre Aufmärsche verhindern, ihre Propaganda überall unmöglich machen. Dabei dürfen wir uns nicht täuschen lassen über die Möglichkeit von sogenannter Vernunft, Einsicht, Moral, Menschlichkeit, und was der Schlagworte mehr sein mögen:

Wer dem Faschismus auf der Straße nichts mehr entgegenzusetzen hat als seine Empörung über dessen Unmenschlichkeit, und wer an die Massen appelliert, daß der Faschismus böse und unmoralisch ist — der wird zwar auf eine ehrenvolle Art recht haben in seinen Ansichten, aber er wird zusammen mit vielen gutwilligen Demokraten von der Straße gefegt werden durch die faschistische Gewalt.

Es ist dabei dann nicht nur die Gewalt, die den Faschisten ihre Propaganda leicht macht, es ist dann auch unsere eigene politische Arbeit, die von ihnen

mit Gewalt verhindert werden wird: Keine Flugblätter, keine Zeitungen, keine Demonstrationen, keine Betriebsarbeit ... nichts! Auch das ist ihre Funktion für die Herrschenden, so gut, wie es ein Teil ihrer eigenen Strategie ist.

Wir meinen, daß es heute auch schon der Volksfront möglich sein muß, über den demokratischen Abwehrkampf gegen Faschismus und Reaktion, den Angriff auf die Faschisten aufzunehmen, um sie zu zerschlagen.

Der Appell an den Staat in diesem Zusammenhang, die Faschisten zu verbieten, mag den Verbotsdrohungen gegen Kommunisten neues Futter geben (nicht umsonst sorgen die Faschisten auch dafür: durch linke Phrasen der bürgerlichen Reaktion die Gleichung links gleich rechts zu ermöglichen), das sollten wir bedenken; das Hauptargument aber bleibt, das faschistische Organisationen sich nicht verbieten lassen — sie können nur von uns niedergewungen und zerschlagen werden.

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief

Nie ohne!

Auf los ging's los: 1914 — 18 mit „Gott! für Kaiser und Vaterland“./ Weiter ging's: Im Reich der Brauen, „der Papst ruft auch Heil, Heil“. In Erscheinung der „religiöse Frühling“. / Auch zuhören „Grüß Gott Heil Hitler“./ Das war Nummer zwei von deutschem Boden./ 1983: auch mit dem Schwur: „So wahr mir Gott helfe“ darf nicht sein, daß US-atomare Mittelstreckenraketen stationiert werden./ Dieser „Gott“ der allmächtig, allwissend sein soll müßte diesem teuflischen Treiben ein Ende setzen. / Noch einmal losgehen: NEIN. Noch geht die Sonne im Osten auf und im Westen unter. / Unser Planet darf nicht durch A-Bomben oder Raketen gleich, ob vom Lande vom Wasser oder aus der Luft zur toten Erde gemacht werden. / Die Welt muß leben. Die Völker brauchen wahren Sozialismus. Einfach Frieden. / Lassen wir diese gerechte Notwendigkeit siegen.

W. K., Essen

man/frau?

Liebe Genossen!
Jetzt weiß ich endlich genau, obwohl ich es vorher schon dumpf ge-

ahnt habe, wie die Frauen für die Gleichberechtigung kämpfen müssen. Der „Rote Morgen“ hat es mir gesagt.

Da lese ich doch im RM Nr. 34 im Artikel „Hände weg vom Mutterschaftsurlaub“: „Deshalb sollte man/frau nicht ...“ Bisher hatte ich sowas nur in der „TAZ“ oder anderen Alternativzeitungen gelesen; nun steht es auch im „Roten Morgen“. Der „Rote Morgen“ macht offenbar riesige Fortschritte.

Warum wundert mich das?

Mit der gleichen Berechtigung, wie die Autorin des Artikels (ich vermute, daß es eine Autorin war) man/frau schreibt, könnte es dann z. B. auch heißen: jemand/jefrau, niemand/niefrau oder Mensch/Frau (vielleicht kennt jemand — pardon — jefrau — noch andere Beispiele). Denn das wäre begründet aus der sprachgeschichtlichen Entwicklung dieser Wörter (jemand, niemand, Mensch etc.), die sich alle vom ursprünglichen „Mann“ ableiten lassen; und logischerweise müßte der „Rote Morgen“ dann auch immer schreiben „jemand/jefrau“ usw. (Wer das übrigens nicht glaubt, der schau doch mal in irgendeinem besseren Ethymologie-Wörterbuch nach).

Ich finde die Schreibweise „man/frau“ absurd und, mit Ver-

laub gesagt, lächerlich. So werden doch die gesellschaftlichen Probleme nicht gelöst. Denn erstens: die Bedeutung von „man“ schließt ja in der heutigen Sprache die Frauen mit ein. Zweitens: so will doch hoffentlich keiner (pardon: keiner/keine) ernsthaft den Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen führen.

Es mag ja geschichtlich gesehen zutreffen, daß früher beim Gebrauch des Wortes „man“ die Frauen nicht mit bedacht waren. Der Gebrauch unserer Sprache hat sich doch so gewandelt, daß heute jedem (jedem/jeder) klar ist, mit „man“ sind auch Frauen gemeint. — Aber vielleicht sollten wir uns für den „Roten Morgen“ eine neue Sprache ausdenken, in der diese ja unheimlichen Konflikte nicht auftreten.

Gruß Harald

Deutschenwitze

Liebe Leute,
Ihr kennt ja sicher die gräßlichen Türken-„witze“, die teilweise unverholene Drohungen sind. Nun könnte ich mir vorstellen, daß die so diffamierten Menschen den Spieß umdrehen. Könntet ihr vielleicht entsprechende „Deutschenwitze“ aufreiben?

Ich denke, selbst wenn auch hier Chauvinismus auftauchen sollte (nach dem Motto: Auge um Au-

ge, Zahn und Zahn), wären solche „Deutschenwitze“ für rückschrittliche Leute, bei denen noch nicht ganz Hopfen und Malz verloren sind, ein Denkmäler, daß sie sehen, was auch sie angerichtet haben. Im voraus besten Dank!

Euer Dieter

Euer Dieter

Flockenschmelze

Nicht alle Flocken fall'n vom

Himmel

und sind nicht immer blütenweiß — so kommen viele von Herrn Stingl.

Ob es wohl Blüten sind — ganz heiß?

Das echte Moos ist für Raketen bei denen, die uns Zaster rauben — wo sonst sind unsere Moneten (?) Da, wo sie Frieden machen glauben!

Macht ruhig weiter so, Ihr

„Großen“ —

droht uns — Ihr atomaren

Klappen —

Ihr werdet Euch an uns noch stoßen. Den Mordplan werdet Ihr berappen!

Erhard Kellermann

Spendenkampagne

30000

DM für den RM

Noch 13835,10 DM bis zum Ziel!!!!!!!

In der letzten Woche gingen folgende Spenden bei uns ein:

	DM
P.K., München	1000,—
C.B., Hamburg	2,—
N.B., Dortmund	100,—
KPD Marl	500,—
G.Sch., Möringen	4,60
M.W., Saarbrücken	50,—
K.H.E., Dürrenloren	62,20
F.G., Wuppertal	100,—
KPD Charlottenburg	250,—
J.R., Köln	10,—
KPD Lüneburg	2,80
insgesamt	2081,60

Damit sind bisher 16164,90 DM an Spenden für den Roten Morgen bei uns eingegangen. Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommensteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:

KPD 4600 Dortmund 30, Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postsparkasse Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467



Dieser neue Aufkleber auf 433691.

Kunststoffolie (Rot/Schwarz) ist zum Preis von 1,— DM zu bestellen bei: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30. Tel.: (0231)

Der Erlös aus dem Verkauf dieser Kleber wird zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der Türkei verwandt.

Sozialismus ist mehr

als Modelle zu übernehmen

real existieren müssen

- Arbeitermacht
- Streikrecht
- Demokratie und Frieden

ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement(s) ...

ab Nr.

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich 60 DM☐ halbjährlich 30 DM☐ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM☐ Ich habe den Betrag von DM☐ an den Verlag überwiesen☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname

Straße

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290

(Bankleitzahl 44050199) Postsparkasse Dortmund 79600-461

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
- ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Bitte einsenden an: KPD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30



Neu im Vertriebsprogramm des Verlags Roter Morgen:

Paul Merker:

Deutschland —

Sein oder Nichtsein

Band 1: Von Weimar zu Hitler, 424 Seiten, 19,80 DM

Band 2: Das Dritte Reich und sein Ende, 574 Seiten, 24,— DM

Ernst Thälmann:

Reden und Aufsätze

Band 1: 655 Seiten mit vielen Bilddokumenten 7,70 DM

Band 2: 567 Seiten mit vielen Bilddokumenten 7,70 DM

Lehrbuch

Politische Ökonomie

Band 1: Die bürgerliche Produktionsweise, 359 Seiten, 14,80 DM

Band 2: Die sozialistische Produktionsweise, 397 Seiten, 9,80 DM

Ernst Thälmann-Poster

Schwarzweiß, DIN A 1, nur

3,— DM

Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 46 Dortmund 30.

„Schwarzer September“ für Nicaragua?

MANAGUA. — Verschiedene Terroraktionen der „Contras“, der vom US-Imperialismus finanzierten und unterstützten antisandinistischen Bewegung lassen auf eine neue Taktik im Kampf gegen das freie Nicaragua schließen. Die rechtsradikale antisandinistische Front „ARDE“ des Verräters Eden Pastora kündigte der Regierung in Managua einen „schwarzen September“ an. In Anlehnung an das grauenhafte Massaker, daß jordanische Truppen einst an den PLO-Kämpfern verübten, will man jetzt gegen die Sandinistas mit brutalem Terror vorgehen.

„Vorläufig handelt es sich nicht darum, Stützpunkte zu gewinnen, sondern die Sandinisten durch gezielte Angriffe auf Produktionszentren und Transportknotenpunkte im wirtschaftlich lebenswichtigen Westen des Landes müde zu machen“, so definierten Freunde Pastoras in Costa Rica gegenüber Pressevertretern die Taktik der Contras.

Der kürzliche Angriff durch zwei Sportmaschinen auf Managua gehört in dieses Konzept. Bei dem Angriff, für den Pastoras „ARDE“ stolz die Verantwortung übernahm, waren die Flugzeuge unterhalb des Radarschirmes von Managua bis zum Flughafen der Hauptstadt vorgekommen. Nicaragua unterhält keine Luftwaffe, hat lediglich Flugabwehrwaffen. Damit wurden die beiden Maschinen, die Bomben an Bord hatten, abgeschossen. Die eine, direkt am Flughafen, wo sie unterhalb des Towers niederkam und in die Wartehalle des Flughafens hineinschlitterte, die andere Maschine, offensichtlich mit dem Ziel die Fernmeldezentrale der Stadt zu treffen, stürzte in der Nähe einer Schule ab. Die Toten, die Schäden sind nicht das einzige Ziel der Contras. Mit solchen Angriffen wollen sie vor allem Angst und Unsicherheit, eine instabile Lage gerade in der Hauptstadt schaffen. Nachdem alle Versuche territoriale Gewinne an den Grenzen zu machen, völlig fehlgeschlagen sind, und eher die revolutionäre Wachstumsrate erhöht haben, ist jetzt Terror angesagt.

In dieses Konzept paßt auch der Angriff auf die Hafenstadt Corinto, zwei Tage nach der versuchten Bombardierung Managuas. Wieder kamen zwei Flugzeuge weit unter dem Radarschirm in die Stadt geflogen, so tief, daß die Flugabwehr zunächst nicht feuern konnte, ohne eigene Schiffe und Anlagen zu gefährden.

5000 Menschen der 20000 Einwohner zählenden Hafenstadt mußten evakuiert werden. Glücklicherweise mißlang der Angriff. Nur ein großes Treibstoffdepot lief aus, die vorgesehenen Ziele, wichtige Hafenanlagen und eine in der Nähe stehende Schule blieben unversehrt. Hier zeigt sich ganz deutlich, daß, nachdem die „Contras“ politisch und militärisch keinerlei Basis in der Bevölkerung Nicaraguas gewinnen konnten, sie es keineswegs aufgegeben haben, die sandinistische Revolutionsregierung zu vernichten.

September '83 — 10 Jahr nach dem Putsch

Chile kämpft

Im Rahmen des fünften nationalen Protesttages und des 10. Jahrestages der Machtübernahme der chilenischen Militärs haben in ganz Chile machtvoll Demonstrationen gegen das Regime der faschistischen Militärs stattgefunden. Während Pinochet die eigene Jubelfeier mit seinen Getreuen um zwei Tage vorverlegen mußte, um sie überhaupt durchführen zu können, hat jetzt sogar die bürgerliche Opposition die Gespräche mit der Junta über die Zukunft des Landes abgebrochen. Pinochet und seine Mannen wollen hart bleiben: Wahlen sollen in Chile frühestens 1989 stattfinden.

In der vergangenen Woche kamen bei den Unruhen vor dem „Jubiläumswochenende“ sieben Menschen um. Über 600 wurden allein in der Hauptstadt verhaftet. Der Trauerzug für einen der Ermordeten, den Busfahrer Miguel Angel Zalava (23) am Donnerstag, dem 8. September, war über 15 Kilometer lang. Zehntausende machten seine Beerdigung zu einer Großdemonstration gegen das Regime.

Am 9. September zog Pinochet seine eigene Demonstration ab, seine Getreuen sollten ihm zujubeln. Mehrere tausend Angehörige von regierungstreuen Organisationen und dem Militär huldigten dem Diktator. Während die Teilnehmer dieser Kundgebung „Die vereinte Junta wird niemals besiegt“ riefen, sammelten sich in den Nebenstraßen mutige Demonstranten. „Sie wird fallen, sie wird fallen, die Diktatur“, war ihre Parole. Bilder Pinochets wurden verbrannt. Polizei- und Militäreinheiten sowie regierungsfreundliche Schlägertrupps griffen die Demonstranten an. Brennende Barrikaden und militante Auseinandersetzungen waren die Folge.

Schon am Samstag morgen wieder gehörten die Straßen dem Volk. Die Beerdigung eines Opfers der Polizei wurde wieder zu einer Großdemonstration. Die Straßenschlachten und die Barrikaden, die Demonstrationen und Streiks im ganzen Land zeigen die zunehmende Schwäche der Junta. Während Pinochet in einem Fernsehinterview davon sprach, wie beeindruckend es sei, wieviel „Vertrauen und Hoffnung“ das Volk weiterhin in seine Regierung setze,

ist jetzt sogar die bürgerliche Opposition davon abgegangen, den Dialog mit der Junta zu suchen.

Der christdemokratische Sprecher und Vorsitzende der Oppositionsfront „Demokratische Allianz“ (AD), Gabriel



Pinochets Diktatur — nach 10 Jahren (FR. 10. 10. 83)

Valdez verkündete den Beschluß, die Gespräche mit der Regierung erst wieder aufzunehmen, wenn die Junta „einen konkreten Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie“ vorlegen werde. Darauf wird Valdez lange warten können, sagte Pinochet doch sofort, es werde keinerlei Abweichungen von seinem Plan geben, Wahlen frühestens 1989 durchzuführen.

Mit Unerbittlichkeit geht die

Junta weiterhin daran, ihre Macht zu verteidigen. Neben dem bekannten Einsatz gegen die Demonstrationen mit Schlagstöcken, Tränengas und oft genug mit der Schußwaffe werden auch die Überfälle faschistischer Militäreinheiten auf die Armenviertel immer brutaler. In diesen Vierteln, den Zentren des Widerstands, ist niemand vor Übergriffen sicher. Dennoch — die Bewohner wehren sich, leisten organisiert Widerstand.

Bei einem dieser Überfälle wurden kürzlich auch fünf Personen um den Chef des bewaffneten Armes der „Bewegung der revolutionären Linken“ (MR), Arturo Jorge Villavela Araujo ermordet. Villavela gehörte der Leitung des MR an. Sein Tod aber wird den kompromißlosen Widerstand, wie er vor allem aus den Arbeiter- und Armenvierteln kommt, nicht stoppen können.

Nach letzten Meldungen aus Chile haben jetzt endlich auch die Parteien und Organisationen, die vor 10 Jahren in der Unidad Popular zusammengeschlossen waren, eine gemeinsame Oppositionsfront gebildet. Ein Bumerang für die Junta kann auch die Verhaftung des Führers der Kupferarbeitergewerkschaft Rodolfo Seguel sein, der am Wochenende festgenommen wurde. Verleumdung des Generals Pinochet wurde ihm vorgeworfen. „Einen besessenen Diktator“ hatte Seguel ihn genannt. Seguel ist nun in einen unbegrenzten Hungerstreik getreten, während die Junta-Justiz seinen Prozeß vorbereitet. So zeigt sich, daß der Widerstand immer breiter und massiver, ja militanter wird, während Pinochet und seine Terrorbanden wütender und wütender reagieren. Von der, vor allem von den bürgerlichen Oppositionellen erhofften „Dialogbereitschaft“ der Junta ist nichts übriggeblieben. Das Volk muß den Diktator stürzen. Der nächste Tag des nationalen Protestes ist angekündigt.



Aus Palästina Bulletin Nr. 35/83 vom 2.9.83:

Israelischer Plan zur Ermordung des PLO-Vertreters in Bonn aufgedeckt!



Nach Berichten aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen in Bonn verlautet, daß Abdallah Frangi, der Vertreter der PLO in der Bundesrepublik, das Opfer eines israelischen Mordanschlags werden sollte. Die Hinweise auf die Täter und ihre Urheber wurden als „erdrückend“ bezeichnet. Die Vorbereitungen für das Attentat seien sehr weit fortgeschritten gewesen, hieß es weiter. Die arabische Zeitung „Shark al-Awsat“ berichtete in ihrer Ausgabe vom 2.9.83, daß Yassir Arafat aufgrund der Informationen von Sicherheitsorganen der PLO persönlich Frangi angerufen und zur sofortigen Abreise aus der BRD gedrängt habe. Der Anschlag sei für den Vortag des Beginns der geplanten Kohl-Reise nach Israel festgelegt gewesen. Gegenüber der Presse gab Abdallah Frangi folgende Erklärung ab:

Bonn, 1.9.1983 — Die Sicherheitsorgane der PLO haben einen Plan des israelischen Geheimdienstes zur Ermordung des Vertreters der PLO in Bonn, Abdallah Frangi, aufgedeckt.

Dieser Plan folgt der Ermordung einer Persönlichkeit der PLO in Athen. Es ist auch nicht zu übersehen, daß dieser Plan in einem zeitlichen Zusammenhang steht mit der Palästina-Konferenz der UNO in Genf und dem geplanten Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Israel. Dieser Plan war nicht der erste, und er wird auch nicht der letzte sein:

Dies bedeutet, daß Israel einen Krieg gegen die PLO auf westeuropäischem Boden führen will. Die PLO möchte hiermit die Regierungen der westeuropäischen Länder auf die erneut ergriffenen gefährlichen Schritte des israelischen Geheimdienstes aufmerksam machen.

Israel verfolgt damit zwei Ziele:

1. den Terrorismus in Westeuropa zu entfachen und die Beziehungen zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und den arabischen Ländern, insbesondere der PLO, zu stören und jegliche Anerkennung der PLO durch die EG-Staaten zu unterbinden,

2. unter Ausnutzung der Streitigkeiten auf palästinensischer Ebene eine größere Anzahl von Mitgliedern der Führung der PLO zu ermorden und die Verantwortung des israelischen Geheimdienstes hierfür zu verschleiern.

Das Büro der PLO bei der Liga der Arabischen Staaten in Bonn macht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die in diesem Rahmen betroffenen Staatsorgane auf die gefährliche Entwicklung aufmerksam, die diese israelischen Absichten heraufbeschwören. Aufgrund dieser Absichten sieht sich die PLO gezwungen, entsprechende Abwehrmaßnahmen zu ergreifen.

Abdallah Frangi, Vertreter der PLO bei der Liga der Arabischen Staaten in Bonn

Weiter schwere Kämpfe im Libanon

Westmächte drohen den Drusen

BEIRUT. — Bei den immer heftiger werdenden Kämpfen im Libanon bildet sich eine massive reaktionäre Allianz gegen die Kräfte um den Führer der Drusen Walid Dschumblatt. Die falangistischen libanesischen Streitkräfte, die Truppen der Regierung Gemayel, die US-amerikanischen und französischen Einheiten der „Friedenstruppen“, die in Beirut stationiert sind, nehmen wie die Israelis die Drusen unter Feuer.

Mit dem zunehmenden militärischen Bodengewinn und dem wachsenden politischen Einfluß der progressiven Drusenbewegung wird der Versuch der Reaktionäre diese aufzuhalten immer heftiger. Nachdem in Beirut auch Soldaten der US-Armee und der französischen Armee getroffen wurden, haben beide Staaten, die USA und Frankreich, mit massiver Vergeltung gedroht. Die Truppen der westlichen imperialistischen Staaten beteiligten sich zwar jetzt schon an Bombardierungen und Feuerüberfällen auf die Stellungen der Drusen, drohen jetzt aber mit noch größeren Aktionen.

Das geschieht vor allem, um das Regime der christlichen Bourgeoisie des Landes, die Regierung Gemayel zu retten. Diese setzt neben ihre „regulären“ Truppen vor allem die falangistischen Milizen ein, um die Einheiten der Drusen zu bekämpfen. Der Staatspräsident Gema-

yel ging jetzt sogar soweit, die israelischen Invasionstruppen dringlichst zu bitten, doch wieder ganz zurückzukehren und für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen.



US-Truppen in Beirut unter Beschuß libanesischer Patrioten

Ein Appell, der Gemayel und seine Regierung nur noch weiter in die Isolierung von seinem Volk getrieben hat. Denn nicht nur die Einheiten Dschumblatts sind es, die es leid sind, daß der Libanon Spielball fremder Mächte ist, daß hier ausländische Truppen den Einfluß des westlichen Imperialismus mit Waffengewalt sichern, daß Israel praktisch über die Innenpolitik des Landes bestimmt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



„Hilf der Polizei — verdrisch dich selbst!“

„Hilf der Polizei — verdrisch dich selbst“, war eine der Hohn- und Spott-Parolen, anlässlich einer Demonstration zu Ehren F. Zimmermanns und der Innenministerkonferenz in Hamburg.

Zum 1. Westdeutschen Büber- und Abwiegertreffen waren viele Demonstranten gekommen, die mit Witz und Ironie, mit Masken, Verkleidungen oder Entmummung die Ordnungspolitik nach der Wende aufs Korn nahmen.

Zu dieser Demonstration entstand auch das folgende Gedicht von Hans-Georg Behr, das wir dem „Arbeiterkampf“ Nr. 237 entnommen haben:

Als die SPD am Ende
rief in Bonn man nach der Wende
so bekamen wir denn dann
statt dem Baum den Zimmermann

der verkündete auch gleich stolz:
Bei mir splittet nicht nur Holz,
denn will man von Wende
sprechen
muß man biegen auch und
brechen

Und mein Amtseid ist zudem
für mich wirklich kein Problem
denn im Namen rechter Werte
bin für Meineid ich Experte

Gerne heb ich meine Hand,
greife damit nach dem Land
und vor allem nach den schlechten,
widerlichen Bürgerrechten.

Und nun nahen schlechte Zeiten
für perverse Minderheiten,
Denn ich werde alle schinden,
diemich nicht vorzüglich finden.

Und hier soll nun niemand
lachen,
denn beim großen Saubermachen
trifft es erstmal die bekannten
ekelhaften Demonstranten.

Intellektuelle Schwätzer
Umweltschützer, Friedenssetzer
will ich künftig eisern zügeln,
bis sie sich von selbst verprügeln.

Und zur weiteren Verdummung
schaff ich den Begriff Ver-
mummung.
Demokraten fürchten nicht
Gas und Knüttel im Gesicht.

Darum ein für allemal:
Höchst gefährlich ist der Schal,
ja, er ist gerade schon
ein Symbol für Aggression.

Und ein Feind für diesen Staat
ist auch schon, wer Schnupfen
hat,
und wer's kalt fühlt in den
Ohren,
hat auf Straßen nichts verloren.

Damit alles christlich endet,
wird auch die Kultur gewendet,
bis sich alle Künstler winden
zum gesunden Volksempfinden.

Ungern seh ich aus dem Fenster
irgendwelche Filmgespenster.
Kunst ist nämlich: Dalli, dalli,
Heidi und die Geierwalli.

Alles andere ist nur
Sub- und Aftersubkultur.
Sowas wollen wir nicht sehen.
Soll'n die doch nach drüben
gehen.

Demokratisch unbedenklich
ist SS, weil alt und kränklich.
Und die Neonazijugend
tritt ja ein für deutsche Tugend.

Wenn sie ihre Hände heben,
ist das gutes, deutsches Leben,
und ich sage euch als Kenner:
So sind gute deutsche Männer —

Braun vom Hirn bis in den
Hoden,
drumherum noch etwas Loden,
außerdem noch Knobelbecher.
Alle ändern sind Verbrecher.

Diese wollen gerne nützen
jenen, die die Daten schützen.
Nützlich ist der Mensch aus
Glas —
ach, wie herrlich leicht bricht
das.

Darum will ich alles wissen.
Bis zum Furz hin und zum Pissen
müßt ihr alles mir verraten,
und ich werde euch verdaten.

Wer darüber nicht ganz
glücklich,
zeigt als Staatsfeind sich nach-
drücklich
und er ist, auch wenn er's haßt,
ohnedies schon längst erfaßt.

Überhaupt: Wer anders denkt,
ist von Moskau ferngelenkt.
Dies bewiesen schon einmal
die Vertreter von der GAL.

Dies bewiesen sie auch jedem
durch ihr böses Umweltreden.
Und für Umwelt bin, ganz
wendig,
schließlich doch nur ich
zuständig.

Die sich da um Tannen sorgen,
denken schließlich nicht an
morgen —
wozu soll'n wir Wälder
brauchen,
wenn nicht alle Schlote rauchen?

Bei der
Demonstration
in Hamburg:
„Die nackte
Gewalt de-
monstriert“



Ökos sind im Kopf nicht richtig.
Erstens ist die Wirtschaft
wichtig,
zweitens, drittens der Profit —
die Natur zahlt gerne mit.

Damit alles deutsch nun werde,
sorg ich für verbrannte Erde
unter diesen altbekannten
widerlichen Asylanten.

Wer daheim nicht stirbt, soll
eben
auch bei uns nicht freier leben,
und ich Sorge schon bei allen,
daß sie aus den Fenstern fallen.

Nur kein Menschlichkeits-
gewürge!
Gut ist nur ein toter Türke
oder — das fällt mir nicht
schwer —
ein Faschist und Militär.

Seht mich an und merkt euch
gut:
An meinen Händen klebt kein
Blut,
weil ich sie ja stündlich wasche,
auch mit Asylantenasche.

Glaubt nicht, dieses sei das
Schlimmste.
Merken soll sich auch der
Dümmste:
Sinnlos ist, daß du dich wehrst,
meine Zeit beginnt jetzt erst.

Ganz besonders werd' ich
prügeln
jene, die da ab nicht wiegeln.
Schon im Worte Rechtsanwalt
steckt ja auch das Wort Gewalt.

Gegen diesen Mummenschanz
hilft nur eines mir: Distanz.
Gummi, Plastik und zum Schluß
flächenweiser Todesschuß.

Wenn da wer sein Fäustchen
ballt,
ist das nacktteste Gewalt.
Die verdient ganz nebenbei
nicht nur Gummi, sondern Blei.

Wer will nicht den innern
Frieden?
Blutig sei er euch beschieden
und ihr kommt noch alle dran.
Dieses schwört euch Zimmer-
mann.

Hans-Georg Behr

Alarmierende Zahlen:

In zwei Jahren hundert Bibliotheken geschlossen

Jetzt Zensur mit dem Rotstift?

Der Rotstift wütet. In vielen Bereichen ganz offensichtlich — in einigen unbemerkt, aber nicht minder radikal. Wie der Deutsche Bibliothekverband mitteilte sind in den letzten zwei Jahren in der Bundesrepublik genau 100 Bibliotheken geschlossen worden.

Die öffentlichen Einnahmen sinken, das Eingenommene wird umverteilt, immer mehr geht in die Rüstung, geht an die Unternehmer. Vor allem die Kommunen geraten in große Finanznot. Leiden muß darunter auch der Bereich der öffentlichen Kulturausgaben, den die Städte und Gemeinden in der Hauptsache tragen.

Gerade jetzt, in Krisenzeiten, mit massenhafter Arbeitslosigkeit sind öffentliche Büchereien notwendig. Wenig Geld und horrenden Buchpreise machen diese Einrichtungen für immer mehr Leute notwendig. Was aber passiert?

Im nächsten Jahr werden in Hamburg sechs Bibliotheken geschlossen, in sechs Kölner Vororten wurden sie schon dicht gemacht, der Etat vieler Büchereien geht langsam aber sicher auf Null. Es gibt immer weniger Büchereien, sie sind schlecht zu erreichen, oder wie in Bochum nur noch die Hälfte der früheren Zeit geöffnet. Und sie werden

immer teurer für den Benutzer! Einige Beispiele: Allein in Nordrhein-Westfalen wurden in 15 Städten die „Buchzölle“, die Entleihegebühren, zwischen 2 und 15 (!) Mark erhöht. In Hamburg muß der Benutzer einer öffentlichen Bibliothek vier Mark im Monat auf den Tisch legen, in Kiel kostet jedes entlehnte Buch 1,30 DM. Dort versuchte man sogar die Gebühren für Kinder und Jugendliche von null auf 50 Pfennig aufzusetzen. Der Erfolg: Die Hälfte der jugendlichen Benutzer blieb aus. Die Maßnahme wurde rückgängig gemacht — nicht so in Köln, wo man jetzt

30 Prozent weniger Leser, Benutzer der Bibliotheken hat.

Neben diesen stark verschlechterten Bedingungen für die Leser beunruhigt den Bibliothekverband ein weiteres Problem. Mit den immer knapper werdenden Finanzmitteln wird die Auswahl neu anzuschaffender Bücher immer schwieriger.

Einerseits braucht man die Bücher, die bekannt und vielgelesen werden, aber gerade die öffentlichen Bibliotheken haben die Aufgabe auch kritische Werke, unbequeme Bücher, Minderheitenmeinungen zu präsentieren. Der Vorsitzende des Deutschen Bibliothekenverbandes Hans-Joachim Kuhlmann dazu: „Man muß jetzt stark auswählen, und es besteht die Gefahr, daß man die kritischen Bücher dabei einfach vergißt“. Und Kuhlmann sieht so etwas wie eine „Zensur mit dem Rotstift“. Sozialabbau auch in diesem Bereich gilt es konsequent zu verhindern.

Der tüchtige westdeutsche Grenzschutz:

Sprayer von Zürich verhaftet



In Zürich begann er vor Jahren — während der Zeit der Jugendrebellionen — seine Arbeit: Überall in der Stadt tauchten skurrile, spinnenbeinige Männchen auf, Wesen mit großen, weitgeöffneten Augen, huschende Figuren auf öden grauen Betonflächen.

Der „Sprayer von Zürich“ wurde weltberühmt. Seine Gestalten, einfach mit einer Sprühdose an bestimmte, ausgesuchte Flächen gemalt, wurden von vielen Experten als Ausdruck eines ernsthaften, gesellschaftsorientierten künstlerischen Bewußtseins gesehen. Nicht so von der Stadtverwaltung der Stadt Zürich, nicht so von den Justizbehörden des Kantons.

Wegen „Sachbeschädigung“ verurteilte ihn das Züricher Kantonsgericht zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten. Der „Sprayer“ — mittlerweile war er bekannt geworden — Harald Nägeli (43), entzog sich der Ge-

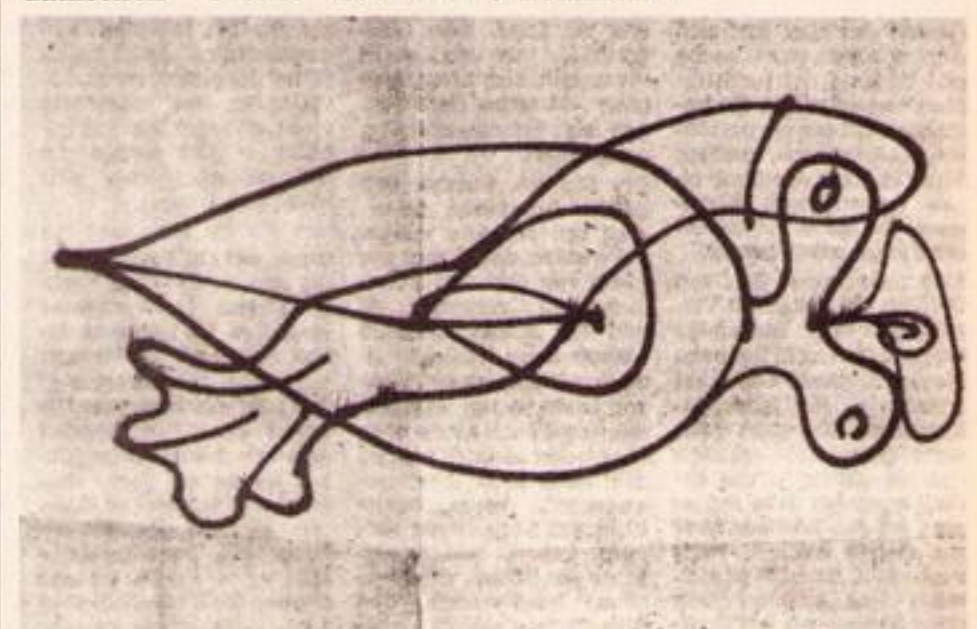
fängnisstrafe durch Flucht. Er ging in die Bundesrepublik, wo er „weiterarbeitete“. Gegen die Unwirtlichkeit der Städte tauchten Nägeli Wesen auch bald auf Betonflächen in Stuttgart, Frankfurt, Köln und Düsseldorf auf. Anders als im „braven“ Zürich, wo die Bürger in helle Aufregung gerieten, wurden die Gebilde Nägeli hier fast nur von „Kennern“ entdeckt, die sich eher über die Aktivitäten des Sprayers freuten.

Die Schweizer Justizbehörden hatten mittlerweile aber über Interpol einen internationalen Haftbefehl ausgestellt. Obwohl Nägeli in der letzten Zeit öfter mal die Grenzen der Bundesrepublik überschritt, passierte ihm nichts. Jetzt, nach der offensichtlich auch in Angriff genommenen kulturpolitischen Wende, griff ein eifriger Grenzschutzbeamter an der deutsch-dänischen Grenze zu: Der

Sprayer wurde verhaftet, soll in die Schweiz ausgeliefert werden.

In der Schweiz hat eine Initiative von 72 zum Teil sehr prominenten Kulturschaffenden verlangt, Nägeli nicht auszuliefern, den Haftbefehl aufzuheben. Die Schweizer Behörden wollen ihn aber haben. Da können sie sich sicher auf die westdeutschen Beamten verlassen. Die lassen sich bestimmt nicht vom Protest beeindrucken, den unter anderem auch namhafte Direktoren westdeutscher Kunstsammlungen und Museen unterschrieben haben.

Man könnte sich ausschließlich lustig machen, über die Engstirnigkeit und den Eifer der Behörden, den Sprayer seiner „gerechten Strafe“ zuzuführen, hätte die Auslieferungs- und Abschiebepaxis der BRD-Behörden nicht schon so enorme menschenfeindliche Züge angenommen...



Attacken auf die betonierte Umwelt: die Wesen des „Sprayers von Zürich“

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: (0231) 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 Hamburg 6, Thillmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALE KOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellenhofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.